

Die Entwicklung demokratischer Reformen in den anderen Ostblockstaaten verfolgte die DDR-Führung im Jahr 1989 sehr genau. Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, berichtete am 29. Juni seinen oberen Stasi-Funktionären von den Beschlüssen der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED. Ein zentraler Punkt war die schwindende internationale Zusammenarbeit mit den Staatssicherheitsorganen bisheriger Bündnispartner.

Im Sommer 1989 war bereits seit Monaten zu erkennen, dass sich die DDR-Führung mit ihrem reformfeindlichen Kurs von den Entwicklungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten isolierte (vgl. 7.4.1989). Auch der SED-Spitze war das nicht verborgen geblieben, sie wiegte sich aber in dem Glauben, die DDR sei eine Insel der Stabilität, während die Reformstaaten (Ungarn, Polen und Sowjetunion) immer tiefer in Turbulenzen gerieten. Im Juni und Juli 1989 kamen mehrere Ereignisse zusammen, die zeigten, wie illusionär die Auffassung war, die DDR könne sich dem entziehen.

Das Zentralkomitee (ZK) der SED hielt auf einer Tagung am 22./23. Juni 1989 an seinem dogmatischen Kurs fest. Der Berichterstatter des Politbüros hatte die Reformpolitik von Ungarn und Polen heftig kritisiert: "Unter der Fahne der Erneuerung des Sozialismus sind Kräfte am Werk, die die Beseitigung des Sozialismus anstreben."

Minister Erich Mielke, der zugleich Mitglied des SED-Politbüros war, pflegte nach solchen ZK-Tagungen die führenden Stasi-Funktionäre zusammenzurufen, um sie über die Beschlüsse der Partei zu informieren. Weiterhin verkündete er die Schlussfolgerungen, die sich daraus für die Arbeit der Staatssicherheit ergaben. In der vorliegenden Rede geht Mielke auf verschiedene Aspekte ein: die Ost-West-Beziehungen, die Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern, die innere Opposition und wirtschaftliche Probleme.

Der entscheidende Punkt in diesem Dokument ist die aufschlussreiche Feststellung, dass die Zusammenarbeit mit den Staatssicherheitsorganen der bisherigen Bündnispartner nicht mehr funktionierte. Die DDR war zunehmend international isoliert und damit war nun auch die Staatssicherheit auf sich selbst gestellt. Das war eine der Voraussetzungen dafür, dass über Ungarn eine Fluchtwelle einsetzen konnte, die schließlich die Initialzündung für die Revolution in der DDR gab.

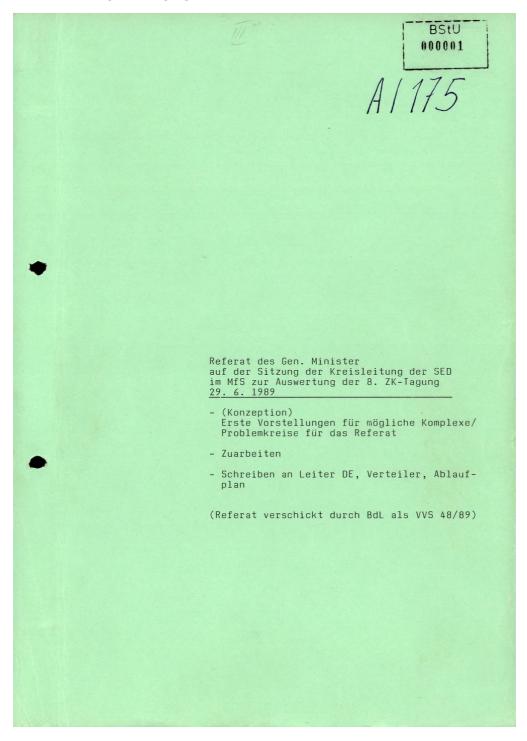
Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146

Metadaten

Urheber: MfS Datum: 29.6.1989

Rechte: BStU Überlieferungsform: Dokument





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



-

BStU 000004

Liebe Genossinnen und Genossen!

In allen Partei- und Grundorganisationen erfolgt das Studium der Dokumente der 8. Tagung des Zentralkomitees. Aus ihren Beschlüssen und Orientierungen sind, in enger Verbindung mit der gründlichen Auswertung der heutigen Kreisleitungssitzung, aufgabenbezogene Schlußfolgerungen abzuleiten und umzusetzen.

Anliegen meines Referates ist es, ausgehend von grundsätzlichen Einschätzungen und Aufgabenstellungen des Plenums sowie von Erkenntnissen aus der politisch-operativen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, vor allem solche politisch-ideologischen Anforderungen und Probleme deutlich zu machen, die bei der weiteren Auswertung und Durchsetzung der Beschlüsse der 7. und 8. Tagung besonders im Mittelpunkt der Tätigkeit der Partei- und Grundorganisationen, der Parteileitungen und Funktionäre, der Leiter und mittleren leitenden Kader stehen müssen.

Dabei werde ich folgende Komplexe behandeln:

- Zu aktuellen Aspekten der Entwicklung der internationalen Lage und des Kampfes um Frieden, internationale Sicherheit und Abrüstung.
- Zu Grundpositionen unserer Partei bei der Umsetzung ihrer Gesellschaftsstrategie sowie zu Grundfragen des Herangehens an die Beurteilung von Entwicklungen und Erscheinungen in anderen sozialistischen Ländern.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000005

- 3. Zu bestimmten Auswirkungen der Entwicklung der internationalen Lage und des Vorgehens des Gegners und feindlichnegativer Kräfte im Innern der DDR sowie sich daraus ergebenden politischen Erfordernissen – gewissermaßen in Fortschreibung dessen, was ich auf der Dienstbesprechung im April dazu ausgeführt habe.
- 4. Zu wesentlichen Ergebnissen, bedeutsamen Aufgaben und noch zu lösenden Problemen bei der weiteren Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- 5. Zu einigen ausgewählten Schwerpunkten der politischen Führungstätigkeit in der Kreisparteiorganisation und der Stärkung ihrer Kampfkraft in Vorbereitung auf den XII. Parteitag.

Aus den genannten Komplexen ist bereits ersichtlich, daß ich vor dem Kreis der verantwortlichen Parteifunktionäre unseres Ministeriums vor allem zu einer Reihe von Problemen sprechen werde, die die Anforderungen aus der Lage und die ganze Kompliziertheit deutlich machen, unter denen wir den übertragenen Klassenauftrag zu erfüllen haben.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



5

BStU 000006

Genossen!

Aus dem Studium der Dokumente der 8. Tagung könnt Ihr entnehmen, daß unsere Partei Bilanz zieht über den Stand der
Umsetzung der Beschlüsse des XI. Parteitages und insbesondere
der strategischen Aufgabenstellungen und Orientierungen im
Referat des Genossen Erich Honecker auf der 7. Tagung. Sie
tragen, wie das vom 8. Plenum nochmals bekräftigt wurde,
richtungsweisenden Charakter und bestimmen die Arbeit der
gesamten Partei, der Staatsorgane – auch die unseres Ministeriums – für einen längeren Zeitraum.

Mit der konsequenten Verwirklichung der Beschlüsse der 7. und 8. Tagung befinden wir uns in einer wichtigen Zwischenetappe der weiteren Vorbereitung unserer Partei und des ganzen Volkes auf den 40. Jahrestag der DDR und den XII. Parteitag der SED.

Dafür sind - wie es im Bericht an die 8. Tagung heißt - auf der Grundlage der führenden Rolle unserer Partei, ihrer von Kontinuität und Erneuerung gekennzeichneten Politik zum Wohle des Volkes im Bündnis mit allen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen solide Fundamente geschaffen worden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



6

BStU 000007

Davon zeugen die Arbeitsleistungen, die Initiativen und Verpflichtungen der Werktätigen in Stadt und Land, das Ringen um hohe ökonomische Ergebnisse bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

Davon zeugt das machtvolle Bekenntnis der Bürger der DDR anläßlich der Kommunalwahlen zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat und zur Politik der SED, das in dem überzeugenden Votum für die Kandidaten der Nationalen Front seinen konkreten Ausdruck fand.

Davon zeugen die tiefe Verbundenheit der jungen Generation mit unserem sozialistischen Vaterland, ihr leidenschaftliches Ja zu Sozialismus und Frieden, ihr kämpferischer Optimismus. Das wurde unübersehbar während des "Pfingsttreffens der FDJ" manifestiert.

Diese gesellschaftlichen Höhepunkte im 40. Jahr unserer Republik, das kann man mit vollem Recht sagen, gestalteten sich zu großen politischen Erfolgen für unsere Sache. Daran hat auch unser Ministerium seinen Anteil. Ich nutze die heutige Gelegenheit, um nochmals – wie ich das bereits in meinem Schreiben an die Leiter aller Diensteinheiten getan habe – allen Angehörigen für die während der Aktionen "Symbol" und "Kampfreserve" 89 gezeigte hohe Einsatzbereitschaft, für die zuverlässige Aufgabenerfüllung zur Sicherung eines störungsfreien Verlaufs dieser bedeutsamen Ereignisse im Leben unserer Gesellschaft den Dank der Partei- und Staatsführung, des FDJ-Zentralrates sowie meinen ganz persönlichen Dank auszusprechen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000008

Genossinnen und Genossen!

Ich bin mir Eurer Zustimmung gewiß, wenn ich Genossen Erich Honecker bei seiner Rückkehr aus der Sowjetunion den besonderen Dank der Kommunisten und Tschekisten des MfS für die in Moskau erzielten Ergebnisse übermittle.

Die Ergebnisse des Arbeitsbesuches des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, in Moskau, sein ausführliches Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Michail Gorbatschow, sowie der bisherige Verlauf des Aufenthaltes des Genossen Honecker in Magnitogorsk sind ein erneuter überzeugender Beweis der engen Zusammengehörigkeit, der untrennbaren Freundschaft zwischen der DDR und der UdSSR, zwischen der SED und der KPdSU.

Genosse Honecker und Genosse Gorbatschow bekräftigten den festen Willen beider Bruderparteien und Staaten, vereint durch unverbrüchliche Freundschaft und Solidarität und gestützt auf die Gemeinsamkeit der Ansichten zu den prinzipiellen Fragen der Außenpolitik und des sozialistischen Aufbaus, auch künftig die auf traditionell hohem Niveau stehenden bilateralen Beziehungen zum Wohle der Völker in unseren beiden Ländern zielstrebig auszubauen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



8

BStU 000009

Angesichts der Entwicklung der internationalen Lage, der Größe und Kompliziertheit der gemeinsam zu lösenden Aufgaben zur weiteren Sicherung des Friedens und zur Stärkung des Sozialismus ist es von außerordentlich großer politischer Bedeutung, wenn die führenden Repräsentanten unserer beiden Bruderparteien und -staaten übereinstimmend feststellen können, daß die Beziehungen zwischen der SED und der KPdSU, der DDR und der UdSSR in ihrer Intensität und Vielfalt beispiellos sind.

Und wenn Genosse Michail Gorbatschow sehr prinzipiell zum Ausdruck brachte, daß die Existenz des sozialistischen deutschen Staates, der konsequent eine initiativreiche friedliebende Außenpolitik betreibe und entschlossen für die Achtung der bestehenden politischen Realitäten in Europa eintrete, einen wohltuenden Einfluß auf die Lage in Europa und der Welt ausübe und daß die stabile und dynamische Entwicklung in der DDR auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED für die Stärkung des Sozialismus insgesamt von erheblichem Gewicht sei, so wurde damit zugleich auch all jenen eine entschiedene Abfuhr erteilt, die alle nur möglichen Anlässe und Ansatzpunkte suchen, die Lügen konstruieren und Halbwahrheiten verbreiten, um einen Keil zwischen unseren Bruderbund zu treiben. Damit wurde auch all jenen eine unmißverständliche Antwort gegeben, die mit ihrem Geschrei nach Wiedervereinigung, Beseitigung der "Mauer" und anderen Parolen die politische Atmosphäre zu vergiften und die DDR unter Druck zu setzen und zu isolieren versuchen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



9

BStU 000010

Das Moskauer Treffen und die Tage in Magnitogorsk künden erneut davon: Niemanden wird es gelingen, unsere beiden Parteien, Staaten und Völker zu trennen. Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen entsprechend den Prinzipien der Gleichheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit, der Verantwortung vor dem eigenen Volk, des gegenseitigen Vertrauens und des gegenseitigen Vorteils sind eine grundlegende Errungenschaft des Sozialismus und ein Garant unseres gemeinsamen erfolgreichen Voranschreitens.

In allen Partei- und Grundorganisationen kommt es in den nächsten Tagen darauf an, die Ergebnisse dieses Arbeitsbesuches unseres Generalsekretärs aufmerksam zu verfolgen, die große politische Bedeutung zu erläutern und zu begreifen und das alles auch fest in die Auswertung der 8. Tagung einzuordnen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



10

BStU 000011

Genossen!

Entsprechend der Beschlüsse der 7. und 8. Tagung gilt es, die Kollektive und jeden einzelnen zu noch qualifizierteren Arbeitsergebnissen bei der Erfüllung des Klassenauftrages zu mobilisieren und zu befähigen.

Das verlangt in erster Linie – und ich unterstreiche diese
Forderung auf der heutigen Kreisleitungssitzung erneut –
bei allen Angehörigen ständig ein tiefes politisches Verständnis für die sich aus den Parteibeschlüssen, der inneren
und internationalen Lageentwicklung und den Angriffen des
Gegners und innerer feindlicher, oppositioneller Kräfte ergebenden politisch-operativen und fachlichen Aufgabenstellungen
zu erreichen. Das ist und bleibt das Entscheidende, um die
Aufgaben an jedem Kampfabschnitt so zu erfüllen, daß hohe
sicherheitspolitische Ergebnisse entsprechend der Linie unserer
Partei erzielt werden.

Einen Schwerpunkt in der politisch-ideologischen Arbeit muß auch weiterhin die Erläuterung der außenpolitischen Zielstellungen und der Entwicklung der internationalen Lage bilden.

Im Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des Zentralkomitees wird auf die großen Anstrengungen, die bedeutenden
Initiativen und Vorleistungen verwiesen, die die Sowjetunion,
die DDR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages
unternehmen, um den Prozeß der Friedenssicherung, Abrüstung
und Entspannung weiter voranzubringen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



11

BStU 000012

Hier keine Pause zuzulassen, dem Abrüstungsprozeß Kontinuität und neue Dynamik zu verleihen und besonders in Europa die Sicherheit und Zusammenarbeit auf eine höhere Stufe zu heben, darauf ist alles ausgerichtet.

Ich verweise nur beispielhaft auf

- die einseitigen Schritte der sozialistischen Länder zur Reduzierung von Streitkräften, Rüstungen und Militärbudgets,
- die bedeutsame Initiative der UdSSR zur Reduzierung der taktischen Kernwaffen der UdSSR in Europa sowie auf
- den in den Wiener Verhandlungen unterbreiteten Vorschlag, der bis 1996/97 eine radikale Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte des Warschauer Vertrages und der NATO auf vereinbarte gleiche Obergrenzen vorsieht, unter besonderer Berücksichtigung jener Kategorien, die vor allem für Überraschungsangriffe und raumgreifende Offensivoperationen geeignet sind.

Unseren Ländern - und darauf verweist die 8. Tagung ebenfalls - geht es vor allem darum,

- bei den Wiener Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung und zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa in relativ kurzer Zeit zu verbindlichen Vereinbarungen und konkreten Ergebnissen zu gelangen;

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



12

BStU 000013

- parallel zu den Wiener Verhandlungen gesonderte Verhandlungen über die taktischen Kernwaffen in Europa aufzunehmen und das von den USA und der NATO verfochtene
 Junktim zwischen den Abrüstungsergebnissen in Wien und
 den Beginn von Verhandlungen über taktische Kernwaffen
 zum Scheitern zu bringen;
- einen Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die 50prozentige Reduzierung ihrer strategischen Offensivwaffen bei Einhaltung des ABM-Vertrages schnellstmöglich abzuschließen.

Im Mittelpunkt des Kampfes der Länder des Warschauer Vertrages stehen des weiteren

- die Erzielung von Vereinbarungen über einen umfassenden Kernwaffenteststop,
- der Abschluß einer Konvention über die Beseitigung chemischer Waffen und
- die Schaffung einer kernwaffen- und chemiewaffenfreien
 Zone an der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000014

13

In Moskau wurde die feste Entschlossenheit der DDR und der UdSSR unterstrichen, ihr Zusammenwirken bei der Verwirklichung der gemeinsamen Friedenspolitik der Staaten des Warschauer Vertrages zu intensivieren. Im Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern geht es uns darum, den Druck auf die NATO, besonders in der Öffentlichkeit, zu erhöhen, um in der Abrüstung auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit voranzukommen.

Das dynamische außenpolitische Wirken, die weitsichtigen, verantwortungsbewußten Initiativen und die begonnenen konkreten einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten, die Aktivitäten jener Staaten und gesellschaftlichen Kräfte in der Welt, die sich von Vernunft und Realismus leiten lassen, der bisherige vertragsgerechte Verlauf der Beseitigung der Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA, der Beginn der Wiener Verhandlungen sowie gewisse Fortschritte bei der Lösung einiger regionaler Konflikte mit politischen Mitteln haben eine Entwicklung zur Gesundung der internationalen Beziehungen eingeleitet. Es gibt bestimmte Zeichen einer Wende von der Konfrontation zur Entspannung, positive Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage.

Dazu gehört vor allem auch die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China sowie die Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD. Ich komme auf letzteres an anderer Stelle noch zu sprechen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



14

BStU 000015

Was die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und China und ihre Ergebnisse anbelangt, so gehen sie in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen bilateraler Beziehungen hinaus. Sie sind von historischer Bedeutung

- für die weitere Stabilisierung der positiven internationalen Entwicklung, besonders auch im asiatisch-pazifischen Raum sowie
- für das Kräfteverhältnis in der Welt, die Stärkung der Kräfte des Sozialismus und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Von großer Bedeutung – nicht nur für die Sowjetunion und China – sind die übereinstimmenden Positionen zur radikalen militärischen Entspannung zwischen beiden Ländern, zur Verringerung der zahlenmäßigen Stärke ihrer Streitkräfte in den Grenzregionen auf ein minimales Niveau, zu Verhandlungen über die Regelung von Grenzfragen, zum bedeutenden Ausbau der Handels- und Wirtschafts- sowie der wissenschaftlich-technischen und insbesondere der Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Parteien.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



15

BStU 000016

Was die konterrevolutionären Ereignisse Anfang Juni in Peking und ihre Niederschlagung durch den Einsatz von Truppen der chinesischen Armee betrifft, so erfolgten dazu in unserer Presse sehr ausführliche Veröffentlichungen. Auf der Volkskammertagung haben alle Fraktionen unseres höchsten Machtorgans eine klare, eindeutige Position dahingehend bezogen, daß die Vorgänge in Peking ausschließlich eine innere Angelegenheit der Volksrepublik China sind und wir uns gegen jegliche ausländische Einmischung wenden. Auch von der 8. Tagung des Zentralkomitees wurde diese Position nochmals bekräftigt.

Genossen!

Bei allen positiven Tendenzen in den internationalen Beziehungen müssen wir aber auch erneut einschätzen, daß der eingeleitete Entspannungsprozeß noch nicht unumkehrbar ist und auch nicht geradlinig und automatisch verläuft.

Die Fortschritte bei der Festigung des Friedens und der Abrüstung dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die internationale Lage noch immer kompliziert und widersprüchlich ist, daß sie sich auf einigen Gebieten teilweise erneut verschärft hat. Der Widerstand der Vertreter des Militär-Industrie-Komplexes gegen Entspannung und Abrüstung ist sehr stark.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



16

BStU 000017

Es gibt, um das ganz deutlich zu sagen, keinen Grund zur Entspannungseuphorie, sondern allen Grund, höchste Wachsamkeit zu üben und keine Unterschätzung der Gefährlichkeit der Politik der aggressivsten imperialistischen Kreise zuzulassen. Härtester Kampf gegen die entspannungs- und sozialismusfeindlichen Kräfte ist auch künftig erforderlich, um das in der internationalen Entwicklung Erreichte zu erhalten und weiter auszubauen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen kommt es in der ideologisch-erzieherischen Arbeit noch mehr darauf an, allen Angehörigen unseres Ministeriums die Unterschiedlichkeit und Differenziertheit, die positiven und negativen Aspekte der internationalen Entwicklung, die ganze Widersprüchlichkeit der Lage und die daraus resultierenden Anforderungen bewußt zu machen. Dazu gehört auch, immer wieder Klarheit darüber zu schaffen, daß – bei aller Notwendigkeit die zwischenstaatlichen Beziehungen von ideologischen Auseinandersetzungen möglichst freizuhalten, wie das angestrebt wird – die Klassenfrage Kapitalismus oder Sozialismus, Bourgeoisie oder Arbeiterklasse, das heißt der Klassengegensatz bestehen bleiben, also auch das Feindbild immer klar sein muß.

Das ist äußerst wichtig, damit sich jeder Angehörige in der komplizierten Situation zurechtfindet, sich jederzeit politisch richtig verhält und auch weiterhin an seinem Kampfabschnitt seine ganze Kraft für unsere gute Sache des Sozialismus und des Friedens einsetzt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



17

BStU 000018

Ein solches Herangehen, ein solcher objektiver Blick für die Realitäten ist um so notwendiger, da wir wissen, daß die erreichten Ergebnisse im Entspannungs- und Abrüstungsprozeß von den rekationären imperialistischen Kreisen mit als Abdeckung und Tarnung genutzt werden, um ihre Angriffe gegen den Sozialismus und ihre Aufrüstungspläne nur noch intensiver voranzutreiben.

Das zeigte sich auf dem NATO-Gipfeltreffen Ende Mai in Brüssel mit aller Deutlichkeit. In dem dort beschlossenen "Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung" wird dem Streben der NATO nach militärischer Überlegenheit gegenüber dem Warschauer Vertrag, der Politik der nuklearen Abschreckung und einem ganzen Bündel von Maßnahmen zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten die dominierende Rolle beigemessen.

Durch die gesamte Tagung zog sich die strategische Linie, die Politik der Stärke fortzusetzen, von einer Position der Stärke aus mit den sozialistischen Staaten zu verhandeln, sie unter Druck setzen und erpressen zu wollen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



18

BStU 000019

Die Reden besonders von US-Präsident Bush vor, auf und nach der NATO-Ratstagung in Brüssel sowie die Ergebnisse dieser Tagung lassen erkennen, daß das Ziel des Imperialismus, den Sozialismus zu beseitigen, noch wesentlich stärker in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt wird.

Ausgehend von der Einschätzung, daß sich die sozialistische Staatengemeinschaft in einer Systemkrise befinde und der großsprecherischen Behauptung, daß der Sozialismus bankrott gemacht habe, erklärte Bush die Zeit für gekommen, "über die Eindämmung des Kommunismus hinauszugehen zu einer neuen Politik für die 90er Jahre."

Die Dokumente des NATO-Gipfels und die Bush-Erklärungen in den letzten Monaten und Wochen enthalten bereits wesentliche Elemente dieser neuen Strategie. Dem Wesen nach ist sie eine Reaktion auf die Veränderungen in der Welt, besonders auf die Friedensoffensive des Sozialismus.

Dem Imperialismus geht es einerseits darum, aus der historischen Defensive herauszukommen und in den weltpolitischen Grundfragen in die Offensive zu gelangen. Zum anderen gehen die USA und die anderen NATO-Staaten davon aus, daß die internationale Lage und die inneren Entwicklungsprozesse in einigen sozialistischen Ländern "entschlossen" genutzt werden müßten, um das sozialistische Gesellschaftssystem von innen heraus mit massiver Unterstützung von außen zu destabilisieren und schrittweise zu beseitigen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



19

BStU 000020

Das verbirgt sich unter anderem hinter den in den NATO-Dokumenten und Erklärungen festgeschriebenen und lauthals verkündeten Zielen, wie

der Schaffung einer "gerechten und dauerhaften neuen politischen Friedensordnung in Europa";

die Teilung Europas und Deutschlands friedlich und in Freiheit durch Dialog und Zusammenarbeit zu überwinden;

Bedingungen für eine angeblich den Völkern Osteuropas bisher vorenthaltene freie Selbstbestimmung zu schaffen.

Mit anderen Worten – diesen Kreisen geht es um die Veränderung der Machtfrage zu ihren Gunsten, um die Restauration der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den sozialistischen Ländern, um die Revidierung der Nachkriegsordnung in Europa.

Ausgehend von dieser generellen Linie und Zielstellung der "neuen Politik für die 90er Jahre" zeichnen sich sehr deutlich Modifizierungen in der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten, bestimmte Veränderungen im strategischen Vorgehen des Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus ab.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



20

BStU 000021

In den genannten Reden und in den NATO-Dokumenten wird als Kern dieser Strategie und Politik

der "Wandel bei Stabilität in Osteuropa"
also
eine "friedliche Veränderung" der Länder der sozialistischen Gemeinschaft

charakterisiert.

Einflußreiche westeuropäische Politiker sehen es als erfolgversprechend an, wenn sich der Westen bei der Umsetzung seines ostpolitischen Konzepts der Idee von der Schaffung eines "Gemeinsamen Europäischen Hauses" bedient. Der von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern geprägte Begriff soll positiv aufgenommen, aktiv mit eigenen Inhalten ausgefüllt und in der Propaganda mit westlichen Werten verbunden werden.

Für ein solches Vorgehen sei vorteilhaft, daß

die sozialistischen Länder noch über kein geschlossenes Konzept für ein "Gemeinsames Europäisches Haus" verfügen und auch

ökonomisch der sich abzeichnenden Sogwirkung des westeuropäischen Binnenmarktes nichts entgegenzusetzen hätten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



21

BStU 000022

Deshalb könne der Westen von einer Position der Stärke aus an die Schaffung eines "Gemeinsamen Europäischen Hauses" herangehen und dafür seine Vorstellungen und Bedingungen formulieren. Als Kern für ein künftiges geeintes Europa soll die EG und als Modelle für gesamteuropäische Strukturen sollen das sogenannte Europäische Parlament bzw. der Europarat fungieren.

Im abgestimmten Vorgehen mit den USA beabsichtigen die europäischen NATO-Staaten, die Bindungen zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten in Osteuropa zu lockern und diese Länder in ein umfassendes Netzwerk politisch-gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Beziehungen einzubinden.

Bei der Umsetzung ihres Konzepts des "Wandels bei Stabilität in Osteuropa" beabsichtigen diese Kreise, wie sie es selbst formulieren, "mit Besonnenheit, Realismus und Geduld die Freiheit in ihrer Entwicklung voranzubringen". Mit anderen Worten, sie setzen auf eine allmähliche dauerhafte Erosion des Sozialismus, auf einen langsamen, sich stetig vollziehenden Wandel der inneren politischen Strukturen und weniger auf schlagartige, konterrevolutionäre Umsturzversuche.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



22

BStU 000023

Ohne auf die militärische Komponente zu verzichten – sie nimmt, wie das der NATO-Gipfel zeigte, auch weiterhin einen bedeutenden Platz im Vorgehen des Gegners ein – sollen künftig wesentlich stärker politische, einschließlich diplomatische, ideologisch-propagandistische, ökonomische und subversive Mittel und Methoden sowie ihre noch engere Kombination zur Verwirklichung ihrer antisozialistischen Ziele eingesetzt werden.

Bevor ich auf einige wesentliche aktuelle Seiten im strategischen Vorgehen des Gegners – gewissermaßen auf seinen strategischen Plan – etwas näher eingehe, noch einige Vorbemerkungen.

Wir müssen sehen, daß es nach wie vor so ist, daß unterschiedliche politische Kräfte und Kräftegruppierungen im imperialistischen Lager und in den einzelnen imperialistischen Staaten
in der strategischen Zielstellung prinzipiell übereinstimmende, im strategischtaktischen Vorgehen gegen den Sozialismus jedoch unterschiedliche Auffassungen vertreten und das auch praktizieren. Aus
diesen Gründen ist die Gesamtstrategie des Imperialismus in
sich widersprüchlich und auch zu keinem Zeitpunkt abgeschlossen.
Den strategischen Plan des Gegners finden wir
also nicht in einem Dokument festgeschrieben, auch wenn, wie
jetzt wieder in Brüssel, wesentliche strategische Seiten für
die imperialistischen Hauptländer in einem Grundsatzdokument
bestimmt sind.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



23

BStU 000024

Wenn wir das strategische Vorgehen des Imperialismus gegen den Sozialismus in den Hauptrichtungen verallgemeinern und zusammenfassen, dann handelt es sich also um die Zusammenführung sowohl von Erkenntnissen aus offiziellen Dokumenten und Erklärungen als auch von operativen Kenntnissen über die Pläne, Absichten und das konkrete Vorgehen des Gegners.

Die klare Herausarbeitung der Strategie des Imperialismus

- seines Planes - und seine fortlaufende Präzisierung sind
von größter Wichtigkeit für die richtige Bestimmung der
Strategie und Taktik unserer Partei und unseres Staates für
den Schutz des Sozialismus und die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit, für unseren Kampf gegen den Feind. Deshalb
spreche ich auch immer wieder zu diesen Fragen.

Und auf noch etwas möchte ich aufmerksam machen. In der politisch-operativen Arbeit haben wir von der Erfahrung und Erkenntnis auszugehen, daß die unterschiedlichen politischen Kräfte im Lager des Gegners einzelnen Seiten im Vorgehen gegen uns zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliches Gewicht beimessen. Das heißt, sie setzen ausgehend von der jeweiligen konkreten Lage und ihren Auffassungen über die besten Erfolgsaussichten im Kampf gegen den Sozialismus unterschiedliche Prioritäten. Daraus erklärt sich zum Beispiel auch, daß die aggressivsten Kreise vorrangig auf den militärischen Faktor setzen, während andere imperialistische Kreise der Ökonomie und Ideologie und deren Kombination den Vorrang einräumen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



24

BStU 000025

Ihr seht, Genossen, auch an diese Fragen muß man dialektisch herangehen, muß man den Differenzierungsprozeß im Imperialismus und seine Auswirkungen auf die Politik genau analysieren und ständig verfolgen.

Wenn ich nun im folgenden auf fünf wesentliche Seiten im strategischen Plan des Gegners näher eingehe, dann ist das vorher Gesagte zu beachten, dann dürfen wir keine starre Trennung zwischen den einzelnen Seiten vornehmen, sondern müssen immer auch ihre Zusammenhänge und wechselseitige Bedingtheit sehen.

Zu einer ersten Seite.

Sie ist gekennzeichnet durch die Fortführung der Politik der Stärke, vor allem beruhend auf militärischer Stärke und dem Streben nach militärstrategischer Überlegenheit.

Im Zusammenhang mit der Einschätzung des NATO-Gipfels in Brüssel wurde von der 8. Tagung erneut die Gefährlichkeit der von den USA und ihren Verbündeten betriebenen Politik der militärischen Stärke hervorgehoben. Unverändert halten die aggressivsten imperialistischen Kreise am überlebten Konzept des Ersteinsatzes von Kernwaffen fest, wird das umfassende System der Kriegsvorbereitung ständig ausgebaut und vervollkommnet, wird das Wettrüsten sowohl auf konventionellem als auch auf atomarem Gebiet fortgesetzt. Und daß das nicht nur Absichtserklärungen sind, beweisen folgende Tatsachen:

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



BStU 000026

25

- Im Brüsseler Beschluß ist ausdrücklich festgelegt, daß die USA beschleunigt an der Forschung und Entwicklung für das "Lance" Nachfolgesystem weiterarbeiten. Auch wenn eine endgültige Entscheidung über die sogenannte Umrüstung der "Lance"-Rakete mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen Ende 1990 verschoben wurde, ändert das nichts daran, daß dieses Waffensystem nach dem Willen der reaktionären Kreise der NATO unbedingt stationiert werden soll, um damit das durch den INF-Vertrag verloren gegangene Drohpotential zu kompensieren.
- Die USA bekräftigen, die Weltraumrüstung weiterzuführen und frühzeitig einzelne ihrer Komponenten in die militärtechnische Nutzung überzuleiten, möglichst bald im Weltraum zu stationieren.
- Außerdem ist bekannt, daß die USA und andere NATO-Staaten beabsichtigen, vielfältige Rüstungsmaßnahmen durchzuführen und so vollendete Tatsachen zu schaffen. Ich nenne nur beispielhaft

die verstärkte Konzentration auf mobile Interkontinentalraketen und seegestützte Marschflugkörper,

neue Technologien für strategische Kampfflugzeuge sowie

die Entwicklung und Einführung modernster konventioneller Waffensysteme.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



26

BStU 000027

Diese Linie wird auch von der BRD voll mitgetragen. Zugleich ist sie bestrebt, ihr eigenes militärpolitisches Gewicht zu erhöhen und eigene Anstrengungen zur Absicherung der NATO-Offensiv-Strategie einzubringen.

Bekanntlich wurden von Bush unter dem Druck der Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen
Staaten und der Weltöffentlichkeit Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge unterbreitet, denen alle NATO-Staaten zustimmten. Diese Vorschläge lassen erneut die Doppelgleisigkeit und Zweischneidigkeit in der Politik der USA und der
NATO erkennen.

Einerseits kommen sie in einer Reihe von Punkten den Positionen des Warschauer Vertrages nahe, bieten sie günstige Anknüpfungspunkte. Das betrifft beispielsweise das Eingehen auf unsere Forderungen, auch Flugzeuge, Hubschrauber und Personalstärken in den Reduzierungs- und Begrenzungsprozeß einzubeziehen.

Und das gilt auch für die Anregung, die Wiener Verhandlungen über konventionelle Rüstungen zu beschleunigen – wobei sich aber erst zeigen muß, inwieweit Wort und Tat übereinstimmen.

Bekanntlich sollen die konkreten Vorstellungen der USA und der NATO erst im September auf den Wiener Verhandlungstisch gelegt werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



27

BStU 000028

Andererseits sind die Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge des Westens von der Absicht geprägt, einseitige militärische Vorteile zu erlangen, die sozialistische Verteidigungskoalition militärisch zu schwächen und die militärstrategische Parität zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu brechen.

Genosse Gorbatschow verwies in diesem Zusammenhang in Bonn darauf, daß der Text der Vorschläge – auch das, was man zwischen den Zeilen lesen kann – noch viele Festlegungen und Herangehensweisen beinhalten, die für die Politik der Konfrontation bestimmend sind. Sie enthalten zudem unrealistische Vorstellungen und Widersprüche sowie auch viele propagandistische Elemente.

Einige solcher Fußangeln sollen hier nur beispielhaft genannt werden:

- Im Gegensatz zu unserer Position, gleichlaufende, parallele Verhandlungen über den Abbau konventioneller Waffen und taktischer Kernwaffen zu führen und taktische Kernwaffen völlig zu vernichten, sind die USA erst zu Verhandlungen über taktische Kernwaffen bereit, wenn in Wien Einigung über konventionelle Streitkräfte erzielt und die Reduzierung begonnen wurde. Die USA stellen also Vorbedingungen und lehnen noch dazu eine Null-Lösung von vornherein ab.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



28

BStU 000029

- Die Bereitschaft, die landgestützten Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber auf beiden Seiten um 15 % zu reduzieren, zielt letztlich darauf ab, die Überlegenheit der NATO bei diesen Kampfmitteln nur minimal abzubauen; hingegen die zur Abwehr erforderlichen Abwehr- und Abfangkräfte vor allem der Sowjetunion aber einschneidend zu vermindern.
- Hinsichtlich der Begrenzung der Personalstärke der Streitkräfte der USA und der UdSSR auf den Territorien der jeweiligen Bündnispartner auf je 275 000 Mann läuft der USAVorschlag darauf hinaus, bei den Truppenkontingenten Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und der Beneluxstaaten
 keine Reduzierungen vorzunehmen. Als DDR müssen wir darüber
 hinaus besonders beachten, daß mit diesem Vorschlag vor
 allem auch einschneidende Reduzierungen der Bundeswehr ausgeschlossen werden sollen. Bekanntlich ist aber die Bundeswehr mit einer Personalstärke von fast 500 000 Mann das
 stärkste konventionelle Potential der NATO in Zentraleuropa.

Das sind - wie gesagt - nur einige Aspekte der Kehrseite der Bush-Vorschläge.

Auch angesichts dessen bleiben - wie das im Bericht an die 8. Tagung betont wird - Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft geboten. Die DDR wird ihre Verteidigungsfähigkeit auf dem erforderlichen Niveau halten und ihre Verpflichtungen als Teilnehmerstaat des Warschauer Vertrages jederzeit erfüllen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



29

BStU 000030

Für uns als Tschekisten heißt das vor allem, weiterhin alles zu unternehmen, um rechtzeitig die gegnerischen Pläne und Absichten, aber auch die vorhandenen Widersprüche sowohl auf dem Gebiet der Militärpolitik und Rüstung als auch der Abrüstung und Rüstungskontrolle aufzuklären, alle Aufgaben zur Vorbeugung akuter Aggressionsabsichten und zur Verhinderung von Überraschungen zuverlässig und gewissenhaft zu erfüllen.

In der politisch-ideologischen Arbeit gilt es deutlich zu machen, daß die Militärpolitik, darin eingeschlossen das Abrüstungskonzept der USA und der NATO, vor allem auch darauf hinausläuft, ihre auf Destabilisierung und Systemveränderung in den sozialistischen Staaten gerichtete Strategie wirksam zu flankieren. Auch damit sollen günstige Bedingungen für den angestrebten "Wandel in Osteuropa" geschaffen werden.

Um das noch etwas zu verdeutlichen: Die Fortsetzung des Wettrüstens, die Konfrontation der sozialistischen Staaten mit teilweise solchen Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorschlägen, mit denen die USA und die NATO Überlegenheit erzielen bzw. festschreiben wollen, wird mit zunehmender Druckausübung und Erpressung verbunden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



30

BStU 000031

Die Versuche der USA und der NATO, ein Junktim herzustellen, indem sie die Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen und -maßnahmen verknüpfen mit Bedingungen, die die sozialistischen Staaten zu politischen Zugeständnissen, zur Aufgabe prinzipieller Positionen zwingen sollen, wurden vom Genossen Gorbatschow und Genossen Honecker entschieden zurückgewiesen. Übereinstimmend stellten sie fest, daß jegliche Maßnahmen zur Beseitigung der nuklearen und chemischen Waffen und zur Reduzierung der konventionellen Rüstungen sowohl von der Notwendigkeit der Gewährleistung der gleichen Sicherheit für alle Staaten als auch von der vollen Achtung der Souveränität sowie der territorialen Integrität und Unabhängigkeit jedes Landes in seinen gegenwärtigen Grenzen ausgehen müssen.

Das ist eine sehr bedeutende Feststellung, Genossen. Sie muß in ihrem ganzen Gehalt, vor allem auch in ihren Konsequenzen, weiter durchdrungen werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



31

BStU 000032

Zu einer <u>zweiten</u> Komponente im strategischen Plan des Gegners - der Propagierung und Infiltrierung der bürgerlichen Ideologie, der westlichen Demokratie, Freiheit und Werte in die sozialistischen Länder hinein in neuen Dimensionen.

Diese Hauptrichtung ist darauf gerichtet

die sozialistische Ideologie, unsere kommunistische Lehre zu untergraben, die sozialistische Bewußtseinsentwicklung unserer Menschen zu zerstören und an deren Stelle die bürgerliche Ideologie, westliche Moral- und Wertvorstellungen zu etablieren,

Entwicklungen im Sinne einer sogenannten bürgerlichen Liberalisierung und Demokratisierung im Innern der sozialistischen Länder verstärkt zu beeinflussen und zu unterstützen,

westliche Marktwirtschaft in den sozialistischen Ländern zu installieren und aktiv zu fördern, das heißt, in unseren Ländern solche politischen Entwicklungen auszulösen und voranzutreiben, die zur Zurückdrängung und letztlich zur Vernichtung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus, zur Beseitigung des sozialistischen Eigentums und gleichzeitig zu günstigen Verwertungsbedingungen des westlichen Kapitals führen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



32

BStU 000033

Vorrangig unter diesen Gesichtspunkten unterstützen und fördern sie die Umgestaltungs- und Reformprozesse in einigen sozialistischen Ländern, fordern sie besonders von der DDR, der CSSR und Rumänien, sich diesen Prozessen anzuschließen.

Auf der 8. Tagung heißt es dazu – ich zitiere:

"Wir erleben gegenwärtig sehr intensive Bestrebungen gewisser
Politiker kapitalistischer Länder, politischen, ideologischen
und ökonomischen Druck auf sozialistische Länder auszuüben
und sie zur Übernahme kapitalistischer Gesellschaftsvorstellungen und Strukturen, von bürgerlichem Pluralismus und bürgerlicher Ideologie zu veranlassen. Unter der Fahne 'Erneuerung des Sozialismus' sind Kräfte am Werke, die die Beseitigung des Sozialismus anstreben."

Wir müssen uns immer darüber im klaren sein, daß die Imperialisten mit den Begriffen Erneuerung, Perestroika und Glasnost die Zielstellung der Beseitigung des Sozialismus verbinden, daß man es mit Perestroika leichter habe, uns zu vernichten. Deshalb auch die konzentrierten Angriffe gegen die DDR.

Bekanntlich rief Bush in Brüssel und in der BRD dazu auf, "Glasnost nach Berlin" zu tragen. Und auch andere aus seiner politischen Gefolgschaft lassen keine Möglichkeit aus, uns Vorschriften machen zu wollen, wie und in welchen Richtungen wir unsere Republik umgestalten sollen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



33

BStU 000034

In diesen Chor stimmen gegenwärtig besonders massiv auch nicht wenige Führungskräfte der SPD ein. Von der CDU/CSU sind wir scharfmacherische Attacken zur Genüge gewohnt. In jüngster Zeit – besonders im Zusammenhang mit dem Gorbatschow-Besuch in der BRD und dem 17. Juni – treten nun auch Führungskräfte der SPD mit wesentlich verstärkten ideologischen Kampagnen gegen die DDR in die Öffentlichkeit.

Bereits auf der Dienstbesprechung im April habe ich auf die besondere Rolle des Sozialdemokratismus im Konzept des Gegners hingewiesen.

Zwischenzeitlich wurden durch die Sozialistische Internationale und durch bestimmte Kräfte in der SPD die Anstrengungen weiter verstärkt, um die verschiedenartigsten sozialdemokratischen Alternativvorstellungen und sozialreformistischen Gesellschaftskonzeptionen über die Massenmedien bzw. unter Nutzung des Polittourismus und der Kontakte zu propagieren.

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stockholm wurde ausgehend von der These, daß das "kommunistische System ebenso wie roher Kapitalismus" den Menschen nichts gebracht habe, erneut die Alternative des sogenannten dritten Weges angepriesen. Er sei heute – so wurde behauptet – attraktiver als je zuvor, da sowohl Kapitalismus als auch Kommunismus "mit vielen ideologischen Problemen konfrontiert seien". Somit "hätten sozialdemokratische Ideen größere Möglichkeiten zum Durchbruch".

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



34

BStU 000035

Klar gilt es zu erkennen: Brandt und andere SPD-Funktionäre betrachten besonders gegenüber der DDR den Sozialdemokratismus als ein wirksames Instrument zur Realisierung ihrer Ziele. In dieser Hinsicht werden von ihnen sehr ernstzunehmende Anstrengungen unternommen.

Sie wollen bei uns ebenfalls wieder - wie in einigen sozialistischen Staaten - eine sozialdemokratische Partei, die SPD schaffen bzw. wollen die Menschen bei uns im sozialdemokratischen Sinne beeinflussen. Mit diesen Zielen reisen Vertreter der SPD bei uns ein und halten ständigen Kontakt mit bestimmten Kräften der Kirche. Sie sollen ihnen dabei helfen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit verlangen die Absichten und Bestrebungen, im Rahmen der Entfachung einer generellen Geschichtsdiskussion unter Verweis auf eine angebliche Zwangsvereinigung, ehemalige Mitglieder der SPD in der SED daran zu erinnern, daß sie eigentlich aus der Sozialdemokratie kommen, um sie in diesem Sinne zu reaktivieren. Brandt sprach auch davon, daß die Arbeit der SPD-Parteiorganisation in unserer Hauptstadt seit dem 13. August 1961 lediglich ruhe und man sie deshalb auch wieder aufnehmen könne.

Es gibt auch Pläne, die darauf hinauslaufen, in der SED Fuß zu fassen und in ihr allmählich einen sozialdemokratischen Wandlungsprozeß zu erreichen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



35

BStU 000036

Andere Pläne laufen darauf hinaus, feindliche, oppositionelle Gruppierungen und Kräfte bei uns zu inspirieren – ähnlich wie in Jugoslawien und Ungarn – eine sozialdemokratische Partei zu gründen und sozialdemokratische Jugendorganisationen oder –bewegungen zu schaffen.

Ich wiederhole nochmals die Aufgabe, die ich auf der Dienstbesprechung im April gestellt habe:

Sehr sorgfältig ist zu verfolgen und zu analysieren, wie im einzelnen der Sozialdemokratismus im Vorgehen gegen die DDR genutzt werden soll;

welche Wirkungen die Bestrebungen und Versuche seiner Wiederbelebung hinterlassen, insbesondere ob und wie in feindlichen, oppositionellen Personenzusammenschlüssen sozialdemokratische Vorstellungen Fuß fassen und genutzt werden;

wo es noch sozialdemokratisches Gedankengut gibt bzw. wo sich neues entwickelt.

Ich betone auch vor diesem Kreis nochmals - die vielfältigen Aktivitäten unter Nutzung des Sozialdemokratismus werden unter bestimmten Bevölkerungskreisen auch bei uns - auch bei einzelnen ehemaligen SPD-Mitgliedern und in den Blockparteien - nicht ohne Wirkung bleiben.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000037

36

<u>Drittens:</u> Bereits seit langem nimmt im strategischen Vorgehen des Imperialismus der Mißbrauch und die Ausnutzung der Verhandlungen und Vereinbarungen, besonders des KSZE-Prozesses, zur ständigen Erweiterung der Einflußmöglichkeiten und der Druckausübung einen immer größeren Platz ein.

Mit dem Wiener KSZE-Folgetreffen und seinen Ergebnissen hat die Einmischungs- und Einwirkungspolitik des Gegners unter Mißbrauch und Nutzung des KSZE-Prozesses an Umfang und Intensität eine neue Qualität erreicht.

Die von den NATO-Staaten unter Berufung auf die KSZE-Dokumente unternommenen politischen, diplomatischen und propagandistischen Aktivitäten sowie das Auftreten führender Politiker dieser Staaten in jüngster Zeit, insbesondere die Erklärungen von Bush während seiner Westeuropareise, belegen, daß die NATO-Mitglieder mit dem Blick auf ihr strategisches Ziel, der Veränderung des politischen Status quo in Europa, den KSZE-Prozeß im noch stärkerem Maße als ein Hauptinstrument zum Systemwandel in den sozialistischen Ländern und zur Fortsetzung ihrer Differenzierungspolitik betrachten.

Ich hatte bereits im Februar und April eine ausführliche Einschätzung des Wiener Abschlußdokuments vorgenommen, wesentliche Angriffsrichtungen des Gegners und innerer Feinde herausgearbeitet und auf die entscheidenden Schwerpunkte unserer politischen und operativen Arbeit orientiert. Das ist ja in der Kreisparteiorganisation ausgewertet worden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



37

BStU 000038

Das im Mai beendete Informationsforum in London und das in der vorigen Woche abgeschlossene erste Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE in Paris bestätigen nur die bisher getroffenen Einschätzungen und die Orientierungen, worauf wir uns einzustellen haben.

Faßt man die in London und Paris vorgetragenen Angriffe gegen die sozialistischen Länder und die erhobenen Forderungen zusammen, dann zeichnen sich noch deutlicher nachfolgende Schwerpunkte der Einmischungs- und Einwirkungsversuche ab:

- Schaffung und Ausbau ständiger multilateraler Überwachungsund Kontrollmechanismen mit dem Ziel der permanenten Druckausübung auf die sozialistischen Staaten.
- Ausnutzung des bilateralen Kontrollmechanismus bezüglich humanitärer Fragen, der menschlichen Dimension, durch westliche KSZE-Staaten mit dem Ziel, sich verstärkt in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten einzumischen.
- Zulassung und freies Betätigungsfeld oppositioneller Gruppen und Kräfte in allen sozialistischen Ländern und Legalisierung ihrer breiten Unterstützung durch den Gegner.
- Forderungen, die auf Veränderungen der innerstaatlichen Gesetzgebung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung im Sinne der westlichen Normen abzielen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



38

BStU 000039

- Erweiterung der Einwirkungsmöglichkeiten über den zielgerichteten Einsatz der Hetzsender und moderner Kommunikationsmittel, insbesondere Satelliten, über den "freien Austausch
von Menschen, Büchern und Ideen", über die Erweiterung der
Kontakte auf allen Ebenen und der Arbeitsbedingungen der
westlichen Korrespondenten und Journalisten.

Nach wie vor ist es leider so, daß das uneinheitliche Auftreten, Interessenunterschiede und differenzierte Vorgehensweisen der sozialistischen Länder, besonders auf den genannten Konferenzen, dem Gegner im nicht geringen Maße entgegenkommen.

Das Pariser Treffen zeigte, daß es den NATO- und EG- sowie kapitalistischen neutralen Staaten gemeinsam darum geht,

- eine für alle Bürger nutzbare KSZE-Menschenrechtsbeschwerdestelle nach westlichen Vorstellungen zu schaffen,
- die Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- sowie Glaubens-,
 Gewissens- und Reisefreiheit nach westlichem Muster auszugestalten,
- eine legale Betätigung unabhängiger Gruppen bzw. Personen, sogenannter Helsinkigruppen zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte zu erreichen,

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



39

BStU 000040

 ein Mehrparteiensystem, freie Gewerkschaften, freie Wahlen sowie einen politischen Pluralismus in den sozialistischen Ländern zu etablieren, alles mit dem Ziel der Herausbildung, Förderung und Stärkung einer breiten politischen Opposition.

In diesem Sinne erfolgten in Paris, aber auch in anderen Hetzkampagnen der jüngsten Zeit, die bislang massivsten Angriffe gegen die DDR. Ich nenne hier nur stichwortartig die Angriffe gegen

die Maßnahmen zum Schutz unserer Staatsgrenze, insbesondere gegenüber Westberlin,

die Reiseverordnung der DDR und

den Mindestumtausch.

Auf der jüngsten Tagung der Volkskammer der DDR wurde erneut unterstrichen,

daß die DDR die KSZE-Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit konsequent verwirklicht und auch weiterhin die vielfältigen und umfangreichen Anstrengungen zur ständigen Vertiefung des mit der Schlußakte von Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses unterstützt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



40

BStU 000041

Gleichzeitig wurde aber auch mit aller Entschiedenheit erklärt – und diesen Standpunkt hat die 8. Tagung bekräftigt:

Die DDR wird keine Aktivitäten hinnehmen, die unter mißbräuchlicher Berufung auf das Wiener Dokument darauf
gerichtet sind, sich in ihre inneren Angelegenheiten
einzumischen. Wie das in Wien vereinbart wurde, bestimmen
wir unsere Gesetze und Verordnungen, unsere Politik und
Praxis selbst. Das gilt uneingeschränkt auch für das
Recht, Gesetzlichkeit und Ordnung an unseren Grenzen
zu gewährleisten. Niemand hat das Recht, unsere Souveränität anzutasten.

In seinem Interview für Journalisten aus den USA hat Genosse Erich Honecker der fortgesetzten Hetze im Zusammenhang mit einem angeblichen Schießbefehl eine entschiedene Abfuhr erteilt. Und auf der 8. Tagung wurde zugleich nochmals unsere prinzipielle Position zur Sicherung der Staatsgrenze zum Ausdruck gebracht.

Zu einer <u>vierten</u> Seite im strategischen Plan des Gegners.

Im wesentlich stärkerem Maße wird eine gezielte Differenzierungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern betrieben. Das wird weiter zunehmen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



41

BStU 000042

Aus den jüngsten Erklärungen und Vorgehensweisen der USA und der NATO ist klar erkennbar, daß der Westen demonstrativ zwischen den sozialistischen Ländern differenziert, die sich im Sinne des bürgerlichen Pluralismus öffnen und entsprechende Reformen durchführen und denen, die von ihnen als "stalinistische", "dogmatische" Regime bezeichnet werden – darunter besonders auch die DDR.

So erklärte der USA-Außenminister Baker erst jüngst, daß es angemessen sei, eine Differenzierungspolitik zu betreiben, das heißt – und jetzt Baker wörtlich – "den Ländern entgegenzukommen, die Willens sind, sich zu bewegen, und weniger Entgegenkommen für jene zu zeigen, die nicht bereit sind, über Bewegung zu sprechen, sie zu erwägen oder zu vollziehen."
Und was sie unter Entgegenkommen und Bewegung verstehen, formulierte der stellvertretende amerikanische Außenminister Eagleburger, daß die Vereinigten Staaten das Ziel einer deutschen Wiedervereinigung unterstützten, "vorausgesetzt, sie finde unter den richtigen, vom Westen bestimmten Bedinqungen statt".

Das differenzierte Vorgehen gegen die sozialistischen Länder wird in der Politik und Diplomatie, in der Ideologie und Propaganda, auch auf militär- und abrüstungspolitischem Gebiet und ganz besonders auf dem Feld der Ökonomie praktiziert.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



42

BStU 000043

Das zeigt sich an den ständigen Vergleichen zwischen den Ländern, die ihr System im Sinne der Liberalisierung verändern würden – wie Ungarn, Polen und die UdSSR – und denen, die dazu nicht bereit seien – wie die DDR, die CSSR und Rumänien.

Und was dabei das differenzierte Vorgehen auf ökonomischem Gebiet betrifft, so erinnere ich nur beispielhaft daran, daß Polen und Ungarn Wirtschaftskredite, moderne Technologien, der Aufschub von Schuldenrückzahlungen, Kreditbegünstigung und andere ökonomische Vorteile in Aussicht gestellt werden. Bis jetzt sind das zwar alles nur Versprechungen. Aber wenn die imperialistischen Hauptmächte zu der Einschätzung gelangen, daß ihre Investitionen sicher und effektiv angelegt sind, vor allem, daß die angestrebten politischen Wirkungen erzielt werden können, werden sie auch entsprechende materielle Mittel einsetzen. Sie werden sich also auch nicht scheuen, vor allem um die Attraktivität ihrer "Hilfe" und die damit erzielten Wirkungen vorzeigen zu können, alle geeigneten Möglichkeiten zu nutzen. Bezeichnend ist, daß dabei ein regelrechtes Junktim zwischen der Durchführung von Reformen im westlichen Sinne und ökonomischer Unterstützung sowie Zusammenarbeit hergestellt wird.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



43

BStU 000044

Diese Kreise verkünden offen, daß es ihnen mit alledem darum geht, auch über diesen Weg politisch und ökonomisch auf unsere Länder einzuwirken, sie gegeneinander auszuspielen und die sozialistische Gemeinschaft zu unterminieren und zu zerstören.

Dieses insbesondere von Bush in seinem 8-Punkte-Plan in bezug auf Polen propagierte und von seiner Administration praktizierte Konzept ist im besonderen Maße auch mit gegen die DDR gerichtet. Unsere Partei und unser Staat halten - wie das auf der 8. Tagung bekräftigt wurde - konsequent an der bewährten Gesellschaftsstrategie fest und denken nicht daran, den westlichen Erpressungs-, Einmischungs- und Einwirkungsversuchen nachzugeben. Wir haben uns deshalb darauf einzustellen, daß die DDR künftig noch stärker in das Zentrum der ökonomischen Druck- und Differenzierungspolitik rücken wird, um die SED - wie sie sagen - zum Abgehen von ihrem Kurs zu veranlassen. Auch angesichts dessen ist es so wichtig, die beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben konsequent zu erfüllen und die ökonomische Unangreifbarkeit zu sichern.

<u>Fünftens</u> zu einer weiteren Komponente im strategischen Plan des Gegners, der wir in der künftigen politisch-ideologischen und politisch-operativen Arbeit noch stärkere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Immer offenere und schärfere Formen nehmen die Bestrebungen und Versuche an, die sozialistischen Länder auf die "Preisliste" der Verbesserung der Beziehungen zwischen der USA bzw. Westeuropa und der Sowjetunion zu setzen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



44

BStU 000045

Das heißt, der Sowjetunion werden großzügige Angebote auf ökonomischen und anderen Gebieten gemacht und im Gegenzug dafür wird – wie sie es formulieren – eine "Öffnung des Weges zu mehr Freiheit für die Völker Osteuropas" verlangt.

So unterbreitete Bush beispielsweise der UdSSR das Angebot, sie, wie er es formulierte, in die "Partnerschaft der Nationen einzubinden", wenn die Sowjetunion "den Eisernen Vorhang niederreiße", "allen Nationen in Ost- und Mitteleuropa wahres Selbstbestimmungsrecht gewähre" und einen "dauerhaften politischen Pluralismus" gewährleiste.

Mit besonderer Schärfe und Intensität richtet sich diese Komponente im gegnerischen Vorgehen gegen die SED, die DDR und den Bruderbund mit der KPdSU und der Sowjetunion. Die in den letzten Wochen – besonders von den Massenmedien der BRD im Vorfeld, während und nach dem Gorbatschow-Besuch – entfachten Hetzkampagnen lassen klar die Absicht erkennen,

einen direkten Gegensatz zwischen der SED und der KPdSU in politischen Grundfragen zu konstruieren sowie

durch entsprechende politische und ökonomische "Belohnungen" bzw. das Inaussichtstellen vorteilhafter Beziehungen die Sowjetunion zu veranlassen, die DDR "fallenzulassen" - wie sie es nennen - eine Trennung unseres Bruderbundes zu erreichen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



45

BStU 000046

Einen Keil zwischen die DDR und die Sowjetunion zu treiben, darauf sind auch die Kampagnen und Auslassungen zur Lösung der sogenannten deutschen Frage, das ganze hysterische Geschrei um die Wiedervereinigung, zur Westberlinproblematik und zur "Mauer", bis hin zur Notwendigkeit von "Reformen" bei uns, ausgerichtet. Und wir müssen uns darauf einstellen, daß der ideologische Druck, derartige Kampagnen noch weiter zunehmen werden. Wir müssen mit einem regelrechten ideologischen Trommelfeuer rechnen. Zumal der Gegner dabei – und das ist besonders verwerflich – auch immer wieder Anlässe, Ansatzpunkte in bestimmten Äußerungen und Spekulationen von einzelnen Parteiund Staatsfunktionären und anderen politischen Kräften in sozialistischen Ländern findet.

Um dafür nur ein Beispiel anzuführen:

Von meinungsbildenden Kreisen der polnischen Intelligenz in der Opposition, aber auch in der PVAP, wurde intern und öffentlich behauptet, daß die UdSSR mit der BRD über die Zukunft der DDR verhandeln will, daß die DDR vor allem über den Handel und den Verkehr in die Arme der BRD getrieben werden soll.

Dafür würde die UdSSR von der BRD eine Finanzspritze von 50 Milliarden DM sowie über die Reparationsleistungen hinaus weitere Abgeltungen als Entschädigung für die Opfer des Faschismus erhalten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



46

BStU 000047

Auch allen diesen Spekulationen wurde mit dem bisherigen
Verlauf und den Ergebnissen des Arbeitsbesuches des Genossen
Erich Honecker in Moskau eine mehr als deutliche Abfuhr erteilt.
Ich erinnere aber auch an den Besuch des sowjetischen Außenministers in der DDR, an das Interview des Genossen Honecker
für Journalisten aus den USA und auch an das Auftreten des
Genossen Michail Gorbatschow in der BRD. Ihr habt alle gelesen, was zu diesen Anlässen zum großen internationalen
Gewicht der DDR im Friedenskampf, zur Unantastbarkeit der
politisch-territorialen Realitäten in Europa, zur Souveränität der DDR und Sicherung unserer Grenzen gesagt wurde. Hierin
widerspiegelt sich ebenfalls nachhaltig die Übereinstimmung
zwischen unseren Parteien und Staaten in allen Grundfragen.

An dieser Stelle will ich auf einige im Zusammenhang mit dem Besuch des Genossen Gorbatschow in der BRD stehende Gesichtspunkte kurz eingehen.

Im Bericht an die 8. Tagung wurden dieser Besuch und seine Ergebnisse begrüßt und als bedeutender Beitrag für die Bewahrung und Stabilisierung des Friedens in Europa gewertet. Er stärkt die Positionen des Sozialismus, verbessert die Chancen zur Durchsetzung des gemeinsamen Friedensprogramms der sozialistischen Länder und kann weiteren Schritten auf dem Wege der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit dienen. Das bekräftigte Genosse Honecker auch in Moskau.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



47

BStU 000048

Die BRD ist bekanntlich die stärkste ökonomische und militärische Macht in Westeuropa und verfügt über einen erheblichen Einfluß in der NATO und EG. Im Vorfeld von Brüssel zeigte sich auch deutlich, daß die Bonner Regierung unter dem wachsenden Druck der Bevölkerung beispielsweise in der Frage der taktischen Kernwaffen, aber auch in bestimmten anderen Detailfragen der Abrüstung und Entspannung, eigene Interessen gegenüber der USA-Administration geltend zu machen versucht, die wir nutzen können. Entgegen kommen uns auch gewisse realistische Positionen bestimmter Politiker aus der Regierungskoalition und Opposition, von Wirtschafts- und Kreisen der Öffentlichkeit, die aufgrund der geographischen Lage, aus politischen, sicherheitspolitischen und vor allem aus ökonomischen Interessen an einem Ausbau des Dialogs und der Zusammenarbeit, an einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten interessiert sind.

Alles das wurde schon und muß künftig noch stärker genutzt werden, um den Druck auf die BRD zu erhöhen und unsere offensive Politik im Interesse des Abrüstungs- und Entspannungs-prozesses mit noch größerer Wirksamkeit fortzuführen.

Darin liegt die wesentliche Bedeutung des Besuches. Und in dieser Hinsicht stellt auch die "Gemeinsame Erklärung BRD - UdSSR" eine wichtige Berufungsgrundlage dar.

Seitens der DDR - erklärte Genosse Honecker in Moskau - werden die in der "Gemeinsamen Erklärung" formulierten Ziele und Prinzipien der Friedenssicherung, Abrüstung und Entspannung voll unterstützt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



48

BStU 000049

Solche Festschreibungen in dieser Erklärung wie zum Beispiel

jeder Krieg, ob nuklear oder konventionell, muß verhindert werden; Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein;

Verurteilung des Strebens nach militärischer Überlegenheit;

energische Fortsetzung des Prozesses der Abrüstung und Rüstungskontrolle oder uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates und des Selbstbestimmungsrechts der Völker;

das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen und ihre Beziehungen untereinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän zu gestalten, muß sichergestellt werden

sind Ansatzpunkte, die für die Durchsetzung unserer politischen Ziele umfassend genutzt werden können und müssen.

Im übrigen bekannte sich die BRD-Regierung bereits im Gemeinsamen Kommunique über den offiziellen Besuch des Genossen Erich Honecker in der BRD vom September 1987 zu einer Reihe solcher Positionen. Wir haben nunmehr doppelten Grund, die Bonner Regierung beim Wort – in die Pflicht – zu nehmen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



49

Wie notwendig das ist, zeigt unter anderem folgender Vorgang in der vergangenen Woche im Bonner Bundestag. Der An-

BStU 000050

trag der SPD, die von Helmut Kohl und Erich Honecker in ihrer gemeinsamen Erklärung vom März 1985 enthaltene Formulierung von der "Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen als eine grundlegende Bedingung für den Frieden" im Rahmen einer sogenannten deutschlandpolitischen Entschließung festzuschreiben, wurde von den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der FDP niedergestimmt. Wir müssen also auch diese Seite sehen, von gemeinsamen Festlegungen abzuweichen, um die Angriffe gegen uns zu verstärken.

Was einige Formulierungen in der "Gemeinsamen Erklärung BRD - UdSSR" betrifft, müssen wir uns darauf einstellen, daß von den unterschiedlichsten Kreisen der BRD versucht wird, sie für verstärkte Angriffe gegen die DDR zu nutzen und zu mißbrauchen. Es ist offensichtlich, daß unter bestimmten Formulierungen Unterschiedliches, teilweise völlig Gegensätzliches verstanden bzw. so ausgelegt wird. Ich nenne nur beispielhaft solche Passagen in der Erklärung wie:

Jeder hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen.

Die BRD und die Sowjetunion betrachten es als vorrangige Aufgabe ihrer Politik, ... zur Überwindung der Trennung Europas beizutragen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



50

BStU 000051

Noch während des Aufenthaltes des Genossen Gorbatschow in der BRD ließen Äußerungen führender Politiker keinen Zweifel daran, in welchem Sinne das genutzt werden soll. Diese Kreise verkünden offen, daß sie als Bedingung für das gemeinsame Haus Europa die Korrektur der Ergebnisse des II. Weltkrieges und die Einverleibung der DDR betrachten.

So erklärte Dregger demonstrativ, daß es das Ziel der BRD-Politik bleibe, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Und Vogel ging noch weiter indem er feststellte, daß für die SPD die volle Durchlässigkeit der Grenzen Priorität habe und daß sie daneben wünsche, daß reformerische Kräfte sich in der DDR durchsetzen und dort lebhafte Diskussionen möglich würden, wie sie inzwischen in Moskau stattfänden.

Das sind nur zwei Beispiele die zeigen, womit wir zu rechnen haben. Wir müssen uns darauf einstellen – und ich wiederhole nochmals – daß auch unter Berufung auf die Gemeinsame Erklärung der Druck auf uns noch größer wird, vor allem hinsichtlich Wiedervereinigung, Mauer, Reformen usw.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



51

BStU 000052

Auch solche im genannten Dokument enthaltenen Absichtserklärungen wie:

Die Verwirklichung der Menschenrechte und die Förderung des Austausches von Menschen und Ideen sowie der Ausbau von direkten Kontakten,

die wohlwollende Behandlung humanitärer Fragen einschließlich der Familienzusammenführung und Reisen in das Ausland

werden genutzt, wie sich das jetzt schon zeigt, um noch massiver die ideologischen Angriffe gegen uns zu führen, um den Forderungen gegenüber der DDR den notwendigen Nachdruck zu verleihen und um auch weiterhin Differenzen zwischen der Sowjetunion und der DDR zu konstruieren.

Die provokatorischen Erklärungen von Ehmke während des Aufenthaltes des Genossen Krenz im Saarland und die Auslassungen von Eppler und anderen vor dem Bundestag im Zusammenhang mit dem 17. Juni zeigen das mit aller Deutlichkeit.

Höchste Wachsamkeit gegenüber diesem regelrechten ideologischen Feldzug gegen uns und den möglichen Auswirkungen ist geboten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000053

Sehr gewissenhaft ist alles zu verfolgen und gründlich zu analysieren, was sich in diesen Richtungen noch entwickelt, wie der Gegner unter Nutzung der Ergebnisse des Besuches gegen uns konkret vorzugehen beabsichtigt, welche detaillierten Zielstellungen verfolgt werden und welche Wirkungen das bei den bekannten Feinden und Teilen unserer Bevölkerung hinterläßt.

52

Wir haben in Rechnung zu stellen, daß der Gegner noch intensiver und umfassender versuchen wird, feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte zu mobilisieren und sie zu öffentlichkeitswirksamen, provokatorisch-demonstrativen Handlungen zu inspirieren. So wollen beispielsweise auch die Bonner Parteien, ob das nun die CDU/CSU oder die SPD und die Grünen oder die Alternative Liste in Westberlin sind, mit feindlichen, oppositionellen oder anderen negativen Kräften und Gruppierungen bei uns in Kontakt kommen.

Das ist auch der Kern der vom SPD-Parteivorstand am 26. Juni beschlossenen sogenannten Grundsätze für die Wahrnehmung von Kontakten mit der SED und deren Gliederungen sowie mit Institutionen, Parteien, Organisationen und Gruppierungen in der DDR. Ich will auf den Inhalt dieser Grundsätze jetzt nicht im Detail eingehen. Sie enthalten bestimmte Positionen, die auch wir vertreten. Ein wesentliches Anliegen wird aber in folgenden Festlegungen deutlich – ich zitiere wörtlich –:

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



53

BStU 000054

"Zur Vertiefung der Informationen und des kritischen Dialogs, ist bei Gelegenheit solcher Kontakte auch das Gespräch mit kirchlichen Gruppen, Vertretern abweichender Meinungen, mit Einzelbürgerinnen und -bürgern notwendig und erwünscht. Zu Kontakten können auch die kommunalen Partnerschaften oder Studienreisen genutzt werden."

Mit diesen Festlegungen in den genannten "Grundsätzen" machen führende Kreise der SPD erneut deutlich, welche antisozialistischen Ziele sie – bei allen positiven Aspekten in der Frage der Friedenssicherung und Abrüstung – verfolgen.

Aus allen diesen Gründen unterstreiche ich in diesem Zusammenhang hier nochmals: Es bleibt bei der von uns schon wiederholt getroffenen Festlegung, daß wir den Mißbrauch des Polittourismus nicht zulassen werden. Einreisen von politischen
Persönlichkeiten der von mir genannten Parteien werden nur
gestattet, wenn sie nicht zur Durchführung von Feindtätigkeit
einzureisen beabsichtigen, sondern sich an die Gesetze halten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



54

BStU 000055

Ich fordere das alles mit dem gebotenen Nachdruck, weil wir auch davon auszugehen haben, daß die Dialogpolitik im Interesse der Abrüstung, Entspannung und Normalisierung der Beziehungen verstärkt fortgesetzt wird, daß es zu weiteren Zugeständnissen und Entgegenkommen an imperialistische Staaten kommen kann.

So ist zum Beispiel aus den Veröffentlichungen über die Gespräche mit Momper zu entnehmen, daß einige Festlegungen getroffen wurden, die uns als MfS vor sehr komplizierte Aufgaben stellen, aus denen sich erhebliche sicherheitspolitische Probleme ergeben. Im Interesse der Sache, um den SPD-AL-Senat zu stützen, war dieses Entgegenkommen politisch unumgänglich. Kompromisse und Zugeständnisse, die im Interesse des Friedens gemacht werden, sind notwendig, aber auch oft sehr teuer, mit nicht geringen Auswirkungen für uns verbunden.

Das erlegt den operativen Diensteinheiten die Verpflichtung auf, alles zu unternehmen, damit das, was festgelegt wurde, nicht für antisozialistische Zwecke mißbraucht werden kann, damit die erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten nicht in dem Maße genutzt werden können, wie es der Gegner beabsichtigt. Durch die konsequente Erfüllung der sich daraus für uns ergebenden Aufgaben – und die sind den zuständigen Diensteinheiten bekannt – gilt es, Gefahren und jegliche Überraschungen einzugrenzen und möglichst auszuschließen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



55

BStU 000056

Für die zuverlässige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit ist es mehr denn je erforderlich, alle Möglichkeiten maximal zu nutzen, um die Lage im Innern jederzeit real einzuschätzen und zu beherrschen. Bereits auf kleinste Signale, aus denen sich Gefahren ergeben können, muß unverzüglich politisch verantwortungsbewußt und nach den Gesetzen reagiert werden.

Auf einige zu beachtende Aspekte der inneren Lageentwicklung und die sich daraus ergebenden Erfordernisse komme ich an anderer Stelle noch zu sprechen.

Wenn es um die Gefahren für den Sozialismus geht, die die Politik und Entwicklung in der BRD und Westberlin heraufbeschwören, dann gehören dazu vor allem auch der weitere Vormarsch der Neonazis, die weiter anhaltende Rechtsentwicklung. Auch dazu habe ich im April auf der Dienstbesprechung Einschätzungen vorgenommen und grundsätzliche Aufgaben gestellt.

Der Einzug der vom SS-Mann Schönhuber angeführten sogenannten Republikaner nunmehr auch in das westeuropäische EG-Parlament und die zum Teil erheblichen Stimmengewinne bei den Kommunalwahlen im Saarland und in Rheinland-Pfalz – dort wurden die Neonazis drittstärkste Partei – zeigen, welche gefahrvolle Entwicklung sich in der BRD vollzieht, wie groß der Einfluß der Neonazis schon ist.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



56

BStU 000057

Während die Verantwortlichen in Bonn nichts dagegen unternehmen, im Gegenteil, die Neonazis als"demokratische rechtskonservative Kräfte" kennzeichnen, die Waffen-SS reinwaschen wollen, mit den Neonazis sogar eine Koalition ins Auge fassen und Antifaschisten und Demokraten in ihren Protestaktionen behindern, sie niederknüppeln, rufen die gleichen Kräfte in Bonn dazu auf, bei uns das Gesellschaftssystem zu "demokratisieren".

Zwei Aufgabenstellungen will ich hier noch einmal unterstreichen:

- Die weitere Formierung der rechtesten Kräfte in der BRD und Westberlins ist äußerst gewissenhaft zu verfolgen und einzuschätzen; die daraus erwachsenden Gefahren und möglichen Überraschungen sind rechtzeitig zu erkennen und zu durchkreuzen.
- 2. Gegen alle Kräfte, die mit neofaschistischen und neonazistischen Handlungen, Parolen usw. in der DDR auftreten bzw. aufzutreten beabsichtigen, ist mit aller Konsequenz vorzugehen. Zu diesem Zweck müssen wir jederzeit eine aktuelle Übersicht gewährleisten, um die jeweils notwendigen Maßnahmen durchführen zu können.

An dieser Stelle nutze ich die heutige Kreisleitungssitzung, um über folgende zentrale Entscheidung zu informieren, die im Zusammenhang mit der Zunahme des Einflusses der Republikaner in der BRD steht und konkret Städtepartnerschaften zwischen der DDR und der BRD betrifft.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



57

BStU 000058

Im Rahmen der Durchführung der Städtepartnerschaften erhalten die Mitglieder der Republikaner keine Genehmigung zur Einreise in die DDR und werden auch nicht empfangen.

Delegationen aus der DDR, die im Rahmen der Städtepartnerschaften in die BRD reisen, führen die geplanten Verhandlungen und Besprechungen in der BRD nicht durch, falls Mitglieder der Republikaner in der Delegation der BRD-Städte anwesend sind. Die Verhandlungen sind sofort abzubrechen, falls unseren Forderungen nach Ausschluß der Republikaner nicht gefolgt wird.

Ausgehend von der gegenwärtigen Lage betrifft das vorerst folgende Städtepartnerschaften:

Brandenburg - Kaiserslautern

Dessau - Ludwigshafen

Cottbus - Saarbrücken

Eisenhüttenstadt - Saarlouis.

Dazu würde dann auch die Städtepartnerschaft Bautzen - Worms gehören; sie ist aber noch nicht endgültig bestätigt.

Soweit die Information zu dieser zentralen Entscheidung.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



58

BStU 000059

Genossinnen und Genossen!

Die Beschlüsse und Orientierungen der 8. Tagung des Zentralkomitees verdeutlichen erneut, daß wir mit unserer Gesellschaftskonzeption gut gerüstet sind, den gegenwärtigen
wie auch neuen Erfordernissen, den absehbaren inneren und
äußeren Bedingungen in den 90er Jahren zu entsprechen.
Die Weiterführung und Präzisierung unserer Konzeption des
Sozialismus ist ein konkreter Ausdruck der bewährten Einheit von Kontinuität und Erneuerung in der Politik unserer
Partei.

Klar gilt es aber auch zu erkennen - und das muß noch stärker mit in den Mittelpunkt der Parteiarbeit, der ideologischen Arbeit gerückt werden: Kontinuität und Erneuerung heißt für unsere Partei, getreu den Lehren der Klassiker und des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, den Erfahrungen der 40jährigen Geschichte unserer Republik und den Erfahrungen der Gegenwart an unumstößlichen Grundsätzen festzuhalten, die für die erfolgreiche Vervollkommnung des Sozialismus unerläßlich sind.

<u>Erstens</u> ist das die weitere Durchsetzung der führenden Rolle der Partei in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Festigung der Beziehungen der Partei zu den Massen, die engste Verbindung zwischen Partei und Volk.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



59

BStU 000060

Dabei gehen wir davon aus, daß die tiefgreifenden Wandlungsprozesse in unserer Gesellschaft und die zunehmende Dynamik der Entwicklung in erster Linie das einheitliche, geschlossene und massenverbundene Handeln der Partei erfordern, was einschließt, daß die Partei ständig über die Stimmung der Massen informiert ist.

Durchsetzung der führenden Rolle der Partei heißt vor allem parteiliches Verhalten jedes Kommunisten, seine ganze Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei einzusetzen.

Nicht Selbstlauf und Verzicht, nicht Spontanität und Praktizismus bringen uns voran. Es gilt vielmehr, dem Sinn des Sozialismus bewußt und planmäßig gesamtgesellschaftlich gerecht zu werden und dementsprechend auch die Massen zu mobilisieren. Diese Aufgabe kann nur eine marxistischleninistische Partei lösen, die einheitlich in der Ideologie, schöpferisch in der Theorie und revolutionär im Handeln ist.

Es dient also nicht der Sache des Sozialismus, wenn - wie anderswo - die führende Rolle der Partei infrage gestellt und schrittweise aufgegeben wird. Es dient auch nicht der Stärkung des Sozialismus, wenn einem sogenannten politischen Pluralismus als Wertmaßstab für eine "moderne" Gesellschaft das Wort geredet wird.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



60

BStU 000061

Wir erachten die Vielfalt der Interessen, Meinungen und Institutionen, den Wettstreit der Ideen und Erkenntnisse um die beste Lösung als lebensnotwendig, um alle Potenzen unserer Gesellschaft im Interesse des Sozialismus und unserer Menschen zu erschließen. Das heißt für uns wie Ihr wißt aber nicht, feindlichen, oppositionellen Kräften einen Freibrief zu geben, Freiräume zu öffnen.

Wir haben mit dem Mehrparteiensystem große Erfahrungen.

Die enge Zusammenarbeit mit den Blockparteien ist Ausdruck unseres Pluralismus. Das heißt für uns aber nicht, damit Oppositionsparteien im Sozialismus zuzulassen bzw. zu schaffen. Uns geht es vielmehr um die Zusammenführung, die Nutzung mannigfaltiger Erfahrungen und Überlegungen aller in der Nationalen Front der DDR tätigen Parteien und Massenorganisationen, um die Einbeziehung der Bürger, ihres engagierten Einsatzes für die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben.

Damit entziehen wir dem Gegner und innneren Feinden den Boden für ihre Versuche, Mitglieder der befreundeten Parteien und andere an gesellschaftlichen Problemen interessierte Bürger für antisozialistische Machenschaften zu mißbrauchen.

Die SED ist und bleibt in diesem Prozeß die führende Kraft. Die Weiterentwicklung des Sozialismus, diese unumstößliche Grundfrage, ist und bleibt ihr Programm.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000062

61

Zweitens hält unsere Partei unbeirrt an dem Grundsatz fest, die Macht der Arbeiter und Bauern konsequent zu stärken und zu sichern, sie qualitativ auszugestalten durch die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, durch eine immer breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Lösung der gesellschaftlichen Angelegenheiten sowie durch die weitere Erhöhung der Autorität und Effektivität der zentralen Staatsmacht.

In der Machtfrage gibt es für uns keine Zugeständnisse - weder an den imperialistischen Gegner noch an feindliche, oppositionelle Kräfte im Innern. Wir werden niemals dulden, daß die in schweren Klassenschlachten um den Preis großer Opfer errungene politische Macht der Arbeiterklasse angetastet, leichtfertig mit ihr gespielt wird. Wir werden niemals gestatten, daß antisozialistische Kräfte eine legale Möglichkeit erhalten, ihre Programme und Plattformen zu verkünden und in die Tat umzusetzen. Und wir lassen auch nicht zu, daß über Menschenrechtsdemagogie die sozialistischen Machtverhältnisse bei uns aufgeweicht werden.

Gerade auch unsere Erfahrungen im tschekistischen Kampf besagen doch tagtäglich: Gesicherte Machtverhältnisse, staatliche Sicherheit und hohe politische Stabilität, ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Partei, Staat und Volk, stabile, sich weiter vervollkommnende Bündnisbeziehungen entscheiden heute mehr denn je über eine erfolgreiche Verwirklichung unserer hochgesteckten Ziele.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



62

BStU 000063

<u>Drittens</u> bleibt für uns das sozialistische Eigentum eine entscheidende Grundlage unserer sozialistischen Ordnung.

Dabei bildet die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in Zukunft das Kernstück unserer Gesellschaftsstrategie, unserer Vorstellungen von der sozialistischen Gesellschaft.

Die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungskraft und die darauf basierende Bewahrung des Erreichten und die schrittweise weitere Verbesserung des Lebensniveaus der Menschen
- dazu gibt es für unsere Partei keine Alternative.

In letzter Zeit werden uns wie Ihr wißt vom Gegner - aber nicht nur von dort - immer häufiger "Vorschläge" gemacht, unsere sozialistische Planwirtschaft zu demontieren und zu einer Art "sozialistischer Marktwirtschaft" überzugehen. Der Einfluß der Partei in der Wirtschaft - so meinen diese "Ratgeber" - müsse erheblich begrenzt bzw. ganz ausgeschaltet werden. Diesen "Vorschlägen" werden wir nicht folgen. Einerseits sind sie nicht geeignet, die ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen - und an Beispielen dafür fehlt es bekanntlich nicht, daß sie sogar zu einer Verschärfung führen. Andererseits verbirgt sich dahinter der Versuch, wie ich das bereits ausführte, den Sozialismus zu destabilisieren und letztlich zu beseitigen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000064

63

Partei und Staat arbeiten daran,ökonomische Lösungen im Rahmen des Sozialismus zu finden und nicht durch die Übernahme kapitalistischer Wirtschaftsprinzipien. Das schließt nicht aus, gute Methoden und Erfahrungen kapitalistischer Konzerne zu studieren, bestimmte Ergebnisse und Erkenntnisse für uns nutzbar zu machen.

Aber wir halten unbeirrt daran fest, und das hat die 8. Tagung erneut bekräftigt, die sozialistische Planwirtschaft auf der Grundlage gesicherter sozialistischer Produktionsverhältnisse und des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln zu vervollkommnen, sie flexibler und effektiver zu gestalten. Das geht einher mit dem weiteren Ausbau der zentralen staatlichen Planung und Leitung und mit der gleichzeitigen Erhöhung der Eigenverantwortung und der Entfaltung der Selbständigkeit der Kombinate, Betriebe und Territorien.

Entscheidendes Kriterium ist, wie gesagt, die sozialen Lebensbedingungen unserer Werktätigen nicht zu gefährden, sondern zu sichern und weiter auszubauen.

Das sind und bleiben für uns politische Grundfragen.

<u>Viertens</u> gehört zu unseren Grundsätzen auch weiterhin die bestimmende Rolle der sozialistischen Ideologie in unserer Gesellschaft.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



64

BStU 000065

Entideologisierung zwischenstaatlicher Beziehungen im Interesse der Entspannung bedeutet für uns nicht Entideologisierung der Systemauseinandersetzung, des Lebens überhaupt, bedeutet für uns nicht die Aufgabe unseres Klassenstandpunktes. Im Gegenteil.

Neues Denken erfordert mehr denn je klassenmäßiges Herangehen an alle Fragen der inneren und äußeren Entwicklung.

Unsere Partei fordert zu Recht, die ideologische Arbeit als das Herzstück der Arbeit mit den Menschen entschieden zu qualifizieren und zu verstärken. Sie fordert zu Recht von jedem Kommunisten, nicht nur Betrachter, Beobachter zu sein, sondern unsere Politik aktiv mitzugestalten und bewußt mitzutragen.

Jeder von Euch weiß - auf die DDR richten sich seit eh und je die gegnerischen ideologischen Angriffe mit besonderer Schärfe. Das ergibt sich unter anderem auch aus der Tatsache, daß auf deutschem Boden zwei Staaten existieren, die völlig entgegengesetzte Gesellschaftssysteme verkörpern. In diesem Sinne sind wir also auch mit besonderen Bedingungen konfrontiert. Deshalb ist es umso bedeutsamer, daß Klarheit in den Köpfen herrscht.

Das heißt, von jedem Mitglied der Partei muß erwartet werden, und das gilt in besonderem Maße für die Kommunisten in der Staatssicherheit, daß absolute Klarheit über die von der Partei gesteckten Ziele und gewiesenen Wege, über unsere Positionen und Perspektiven, über unser Bild vom Sozialismus herrscht.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



65

BStU 000066

Die Fähigkeit und Entschlossenheit zur offensiven Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, die konsequente und wirksame Zurückweisung antisozialistischer Auffassungen und Angriffe ist eine Grundbedingung für die abstrichlose Verwirklichung unserer Gesellschaftsstrategie.

<u>Fünftens</u> ist und bleibt für uns die Vertiefung der brüderlichen Beziehungen zur Partei und zum Lande Lenins unerschütterliches Grundprinzip, internationalistische Verpflichtung und tiefe Herzenssache.

Dafür ist das Treffen zwischen Genossen Gorbatschow und Genossen Honecker und seine Teilnahme an den Feierlichkeiten in Magnitogorsk erneut ein überzeugender Beweis. Unverrückbare Grundlage und Motor für die weitere Ausgestaltung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und Völkern ist das vertrauensvolle Zusammenwirken, der Bruderbund der SED und der KPdSU.

Wir stehen fest zur Sowjetunion. Daran lassen wir auch in Zukunft von niemandem rütteln. Unsere Partei und unser Volk – erklärte Genosse Honecker – unterstützen einmütig den Kurs des XXVII. Parteitages und der 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU zur Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



66

BStU 000067

Wir wissen: Mit der Umgestaltung hat die KPdSU einen überaus schwierigen, komplizierten, aber notwendigen Prozeß in Angriff genommen. Er stellt die Partei vor große, vor gewaltige Aufgaben und Probleme. Sie erfolgreich zu bewältigen, ist von weitreichender Bedeutung nicht nur für das Sowjetland selbst, sondern für die ganze Welt, für den Einfluß und die Anziehungskraft des Sozialismus, für seine Stärkung und Sicherung, für die Wirksamkeit seiner Friedenspolitik.

Wir wissen auch und vergessen niemals: Ohne Sowjetunion gäbe es keine DDR. Mit ihrer Befreiungstat, mit ihrem ruhmreichen Sieg über den Hitlerfaschismus legte sie den Grundstein für den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden.

Unser brüderliches Bündnis, die zielstrebige Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der DDR gehören seit vier Jahrzehnten zu den entscheidenden Elementen der Existenz und des Gedeihens unserer Republik.

Übereinstimmend unterstrichen Genosse Honecker und Gorbatschow, die von Stabilität und Dynamik gekennzeichnete Zusammenarbeit weiter zu vertiefen und auszubauen.

Das ist für die Gegenwart und die Zukunft unserer beiden Länder und für den Sozialismus insgesamt von größtem Gewicht.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



67

BStU 000068

Für unsere Partei und unseren sozialistischen Staat ist es auch künftig von erstrangiger, von strategischer Bedeutung, beim sozialistischen Aufbau, im Interesse der gesamten sozialistischen Gemeinschaft auf das engste mit allen Bruderparteien und -staaten zusammenzuarbeiten - zum Nutzen unserer Völker und des Friedens. Dafür stellen gleiche Ziele, Ideale und Werte eine zuverlässige Basis dar - ungeachtet der sich ausprägenden Vielfalt bei der konkreten Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung in unseren Ländern.

Und wie Ihr wißt, wurde auch dieser Standpunkt in Moskau übereinstimmend bekräftigt.

Die 8. Tagung verdeutlicht, wie umfangreich und vielgestaltig der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Bruderparteien sozialistischer Länder, die Zusammenarbeit unserer Staaten auf den verschiedensten Gebieten ist. Auch künftig wird seitens unserer Partei alles getan werden, um ein abgestimmtes Vorgehen auf außenpolitischem, militärischem und ideologischem Gebiet zu sichern und die Zusammenarbeit vor allem in der Ökonomie, vorrangig bei der Meisterung von Wissenschaft und Technik, auszubauen und zu vertiefen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



68

BStU 000069

Was das letztere, speziell die Arbeit innerhalb des RGW betrifft, ist es sicher nötig, sich von manchen Wunschvorstellungen zu trennen, stärker von den Realitäten, von den Bedingungen in den einzelnen Mitgliedsländern und auch von den teilweise unterschiedlichen Interessen auszugehen.

Im Bericht an die 8. Tagung bekräftigt das Politbüro die feste Position, ich zitiere: "aktiv zur Vertiefung der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Produktion mit den Mitgliedsländern des RGW im Interesse der Stärkung des Sozialismus in jedem Land und in der Gemeinschaft als Ganzes beizutragen. Dabei kommt es darauf an, bewährte Formen der Zusammenarbeit weiter auszubauen und zugleich kühn neue Wege bei der Lösung herangereifter Aufgaben zu beschreiten".

Genossen!

An den von mir genannten Grundsätzen, die sich in der 40jährigen Entwicklung der DDR immer wieder als notwendig und richtig erwiesen haben, macht unsere Partei keine Abstriche. Darüber, warum das so ist, vor allem aber, worin das Wesen dieser allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und die sich daraus ergebenden aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernisse bestehen, muß bei unseren Genossinnen und Genossen jederzeit volle Klarheit bestehen. Sind das doch Grundfragen für die Arbeit unseres gesamten Ministeriums.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



BStU 000070

69

Unsere Partei stellt sie nicht von ungefähr gerade gegenwärtig verstärkt in den Mittelpunkt ihrer ideologisch-propagandistischen Tätigkeit – auch in den Medien.

Zum einen, weil ihre konsequente Durchsetzung unter unseren konkreten nationalen Bedingungen die innere Entwicklung der DDR bestimmt. Und zum anderen, um anhand unserer erfolgreichen Entwicklung zu demonstrieren, daß das Festhalten an diesen politischen Grundsätzen unabdingbar ist bei der weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Ordnung – ganz gleich unter welchen Bedingungen und Besonderheiten.

Es gilt, durch unser Beispiel die Lebenskraft des Sozialismus und die Richtigkeit unseres Weges für jedermann – für Freund und Feind – praktisch unter Beweis zu stellen.

Eine politisch stabile, wirtschaftlich starke und zuverlässig gesicherte Deutsche Demokratische Republik – das ist zudem ein gewichtiges Argument gegen all jene, die den Sozialismus so reformieren wollen, daß er am Ende aufhört, Sozialismus zu sein. Das ist ein gewichtiges Argument gegen all jene, die nicht sehen wollen, daß auch bei uns Erneuerungen, Reformen und Veränderungen im Gange sind mit dem alleinigen Ziel, den Interessen der Menschen und ihrer friedlichen Zukunft immer besser gerecht zu werden.

Hohe Stabilität und Sicherheit in der DDR als westlicher Vorposten des Sozialismus sind heute unser wichtigster internationalistischer Beitrag zur Stärkung und zum Schutz des Sozialismus und zur Festigung des Friedens.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



70

BStU 000071

Genossen!

Im Bericht des Sekretariats an unsere heutige Kreisleitungssitzung wird zurecht darauf hingewiesen, daß es unter unseren Angehörigen zu vielen sich in den Bruderparteien und-ländern vollziehenden gesellschaftlichen Prozessen und aktuellen Ereignissen einen regen Meinungsaustausch, viele Fragen und berechtigte Sorgen gibt.

Das ist um so verständlicher, da das bekanntlich auch verstärkt im Blickfeld des Gegners und innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte, im Mittelpunkt ihrer Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in unseren Ländern steht.

Das Interesse unserer Genossen resultiert also im besonderen Maße daraus, weil damit Fragen und Aufgaben verbunden sind, die die Stärkung und Sicherung des Sozialismus und die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR unmittelbar berühren.

Ich will jetzt nicht auf die Lage in einzelnen sozialistischen Ländern im Detail eingehen. Darüber wird ja in unseren Medien sehr konkret und umfassend informiert.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



71

BStU 000072

Mir kommt es heute und hier, vor diesem Kreis verantwortlicher Parteikader vor allem darauf an, einige prinzipielle Orientierungen dafür zu geben, wie an die Wertung, an all das grundsätzlich heranzugehen ist, was sich in den einzelnen Ländern vollzieht. Es geht mir um bestimmte Gesichtspunkte, von denen wir uns bei der Einordnung, Bewertung und der Ableitung von Schlußfolgerungen leiten lassen müssen.

Dabei ein richtiges parteiliches und klassenmäßiges Herangehen zu sichern, bleibt eine wichtige Aufgabe in der gesamten Kreisparteiorganisation, in allen Partei- und Dienstkollektiven unseres Ministeriums.

Die politisch-ideologische Arbeit und erst recht die politischoperative Arbeit zwingen mehr denn je dazu, die sich vollziehenden verschiedenartigen und differenzierten Entwicklungen
sehr gründlich, allseitig und objektiv zu analysieren. Und
das muß besonders unter dem Blickwinkel erfolgen, welche möglichen Gefahren sich daraus für den Sozialismus, welche Ansatzpunkte sich für den Gegner und innere Feinde ergeben bzw.
ergeben können. Alle entsprechenden Entwicklungen, Erscheinungen
und Vorkommnisse, alle Informationen und Hinweise – besonders
hinsichtlich des Wirkens feindlicher, oppositioneller Kräfte –
müssen sorgfältig verfolgt und eingeschätzt werden. Nichts
darf übersehen oder gar unterschätzt werden, weil daraus große
politische Schwierigkeiten und Probleme entstehen können.
Besonders auch hier gilt der Grundsatz, Überraschungen auszuschließen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



72

BStU 000073

Mit anderen Worten, Genossen, in der politisch-ideologischen Arbeit kommt es darauf an, ausgehend von unserer unerschütterlichen Überzeugung, daß es zum Sozialismus keine Alternative gibt, unseren Genossen sowohl das zu verdeutlichen, was zur Festigung des Sozialismus notwendig ist und sich in diesem Sinne vollzieht, als auch das, was auf seine Schwächung und letztlich auf seine Beseitigung abzielt.

Bekanntlich stehen alle sozialistischen Länder vor der objektiven Notwendigkeit, die sozialistische Gesellschaftsordnung in ihren Ländern weiterzuentwickeln. Das ergibt sich sowohl aus dem jeweils erreichten Stand als auch aus den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution und deren schnelle Meisterung, der umfassenden Intensivierung der Produktion, der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, um nur einiges zu nennen, auf das wir uns insgesamt noch besser einstellen müssen und dem wir allseitig Rechnung zu tragen haben. Hinzu kommen Fragen der weiteren Ausgestaltung der Staatsmacht, der Entwicklung der Demokratie, der Leitung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse.

Diese und weitere Probleme sind unter Berücksichtigung der konkreten politischen Kräftelage und der Entwicklung im jeweiligen Land in Angriff zu nehmen und einer Lösung zuzuführen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



73

BStU 000074

Mir ist bekannt, daß Genosse Sieber in seinem Vortrag vor leitenden Kadern zu solchen und weiteren Problemen, vor denen die sozialistischen Länder objektiv stehen, ausführlich gesprochen hat. Alles das muß man bei der Beurteilung der Entwicklung und der Lage in den einzelnen sozialistischen Ländern mit beachten.

Jede Partei- und Staatsführung in den sozialistischen Ländern steht dabei vor der Aufgabe, von den jeweiligen konkret historischen Bedingungen ausgehend den richtigen strategischen Kurs zu bestimmen und die erforderlichen Mittel und Methoden zu seiner Realisierung zu erarbeiten und anzuwenden. Und natürlich hat sie ihre Politik vor der eigenen Partei, vor der Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu verantworten. Das stellt hohe Anforderungen an die Reife und wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei, an ihre organisatorische Einheit und ideologische Geschlossenheit.

Auch unsere Partei läßt sich von einem solchen Herangehen leiten. Unter Beachtung der nationalen Bedingungen und der internationalen Erfordernisse stand in allen Entwicklungsetappen und steht auch gegenwärtig die Aufgabe, die richtige Strategie und Taktik zur Gestaltung des Sozialismus auf deutschem Boden, unter unseren spezifischen Bedingungen schöpferisch zu erarbeiten und umzusetzen. Das verlangt, wie das in den Dokumenten der 8. Tagung erneut bekräftigt wurde, ständig das Erreichte zu analysieren und auf neue Anforderungen schöpferische Antworten zu geben.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



74

BStU 000075

Wenn wir die Entwicklungen und die Politik in anderen sozialistischen Ländern verfolgen, dann müssen wir von diesen grundlegenden Prinzipien und den jeweiligen Bedingungen konkret ausgehen. Das heißt also

- Welche Ziele verfolgt die Partei, wie ist sie und ihre Politik im Volk verankert, wie ist ihre Kampfkraft?
- Wie ist die Wirksamkeit der ideologischen Arbeit, die ideologische Situation insgesamt?
- Wie ist das reale politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnis im Land?
- Wie ist die ökonomische Situation und die soziale Lage der Werktätigen?
- Welche positiven und negativen Momente wirken von außen?

Das sind nur einige wenige Faktoren, die in Rechnung zu stellen sind – ohne auf die geographischen, kulturellen, historischen, auf die in den Traditionen liegenden und anderen Bedingungen einzugehen.

Betrachten wir ausgehend davon die Entwicklungen in Ungarn, in Polen und zum Teil auch in der UdSSR, dann ist einzuschätzen, daß die Lage sehr kompliziert ist.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



75

BStU 000076

Auch, weil es zu einer Reihe von Fragen der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung keine oder nicht ausreichend wissenschaftlich begründete und in der Praxis erprobte strategische und taktische Lösungen gibt. Der Begriff "Umgestaltung" ist in einzelnen Bruderparteien fast schon zum Schlagwort geworden, hinter dem sich sehr unterschiedliche, teilweise auch sehr unklare Auffassungen und Konzeptionen zur Geschichte und Zukunft der sozialistischen Gesellschafts-ordnung verbergen.

In der politisch-ideologischen Arbeit ist allen Genossinnen und Genossen auch noch folgendes bewußter zu machen.

In der Entwicklung des Sozialismus hat es schon immer eine Vielfalt und Mannigfaltigkeit, verschiedene Formen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus gegeben.

Neu ist aber die Erkenntnis – und das ist auch die Position unserer Partei – daß mit der Weiterentwicklung des Sozialismus die Vielfalt seiner konkreten Erscheinungsformen zunimmt.

Das heißt, wir haben davon auszugehen – und darauf müssen wir uns auch als Ministerium für Staatssicherheit richtig einstellen – daß es verschiedene Wege und Methoden der weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Ordnung gibt und geben kann.

Wir dürfen nicht alles, was sich vollzieht, an unseren Maßstäben, an unserem Weg der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft messen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



76

BStU 000077

Das gilt auch für die verschiedenartigsten Erscheinungen und Formen der sozialistischen Demokratie sowie des sozialistischen Pluralismus – auch wenn nicht alles, was unter diesen Losungen und Begriffen geschieht, den Idealen und Zielen des Sozialismus entspricht und unsere Zustimmung finden kann.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß allen Prozessen der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung – wie sie auch bezeichnet, benannt werden – Gemeinsames und Verbindendes innewohnt.

Das generelle und gemeinsame Ziel aller Bruderparteien kann doch nur sein:

Stärkung des Sozialismus, der sozialistischen Entwicklung, die sozialistischen Produktionsverhältnisse auszubauen, sie zu vervollkommnen und nicht antasten zu lassen – also keine Schwächung der revolutionären Errungenschaften, der Macht der Arbeiter und Bauern zuzulassen,

Sicherung des Sozialismus und der weiteren sozialistischen Entwicklung in jedem unserer Länder – und nicht Untergrabung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung,

Erhöhung der internationalen Autorität und Ausstrahlungskraft des Sozialismus – und nicht Schwächung seines Ansehens und seiner Anziehungskraft; also trotz aller Vielfalt in den Grundfragen einheitlich und geschlossen zu handeln.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000078

77

Diese Pflicht vor dem eigenen Volk und vor dem Weltsozialismus hat jede kommunistische und Arbeiterpartei in den sozialistischen Staaten, wenn sie ihrer Verantwortung und nicht zuletzt auch ihrem Namen gerecht werden will. Gegenwärtig ist es aber so – und das sage ich hier ganz offen – daß nicht in jeder Partei dementsprechend gehandelt wird, daß die Verantwortung vor dem Weltsozialismus nicht so prinzipiell gesehen und von einzelnen Funktionären sogar abgelehnt wird.

Wir sind der Auffassung – und ich will das bisher Gesagte zusammenfassen – bei aller Vielfalt und Mannigfaltigkeit der Entwicklung gibt es einige Grundfragen für jede kommunistische und Arbeiterpartei, allgemeine Gesetzmäßigkeiten sowie Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die garantiert sein müssen.

Das entscheidende Kriterium für die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses, der Formen, Wege und Methoden der Gestaltung des Sozialismus ist und bleibt der tatsächliche Fortschritt bei der weiteren Entwicklung der Gesellschaft.

politische Stabilität,

hohe ökonomische Leistungskraft,

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



78

BStU 000079

Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen,

Gewährleistung und schrittweise Erhöhung der sozialen Errungenschaften des werktätigen Volkes,

Entwicklung der Produktivkräfte, die den internationalen Erfordernissen entsprechen sowie

Weiterentwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit dem Ziel, alle Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus noch umfassender für den ökonomischen und sozialen Fortschritt zu nutzen und freizusetzen.

Letztlich zählen also reale Ergebnisse und Erfolge, zählt das, was für die Lebensqualität der Menschen, für die Attraktivität des Sozialismus und für die Sicherung des Friedens herauskommt. Daran wird die Politik der Partei von den Werktätigen gemessen, das ist ihr wichtigster Prüfstein.

Legt man diese allgemeingültigen Grundsätze und Erfahrungen, an denen unsere Partei festhält, zugrunde, so erfüllen uns – wie viele Bürger unserer Republik – bestimmte Entwick-lungen in einigen sozialistischen Ländern mit berechtigter Sorge.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



79

BStU 000080

Die letzten Wochen bestätigen die von mir zu anderen Anlässen bereits getroffene Einschätzung, daß sich in einigen sozialistischen Ländern bereits starke feindliche, oppositionelle Kräftegruppierungen formiert haben, die offen oder noch demagogisch verschleiert den Kampf gegen den Sozialismus, gegen seine Grundlagen im Lande führen, deren Ziel die Beseitigung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und die Restaurierung des Kapitalismus ist.

Diese Kräfte konnten in letzter Zeit

- ihre Positionen wesentlich stärken und sich zunehmend weiter organisieren,
- die Möglichkeiten ihres weitgehend ungehinderten Wirkens ausnutzen und ausbauen,
- besonders ihren politisch-ideologischen Einfluß in der Gesellschaft bedeutend vergrößern.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000081

80

Auf vier Momente möchte ich in diesem Zusammenhang besonders

Erstens die wesentliche Zunahme der Verbreitung der bürgerlichen Ideologie, westlicher Moral- und Wertvorstellungen,
von antisozialistischen Auffassungen und Plattformen durch
innere feindliche, oppositionelle Kräfte und Gruppen in den
jeweiligen Ländern selbst. Hinzu kommt eine ständige Ausweitung des Zusammenwirkens mit politischen Kräften, Organisationen und Einrichtungen des Westens und ihres fast ungehinderten Wirkens in einigen sozialistischen Ländern und damit
auch ihres Einwirkens auf weitere Bevölkerungskreise.

In immer größerem Umfang werden für die Verbreitung der bürgerlichen Ideologie die Durchführung von Konferenzen, Foren, sogenannten Meetings, Kundgebungen und Demonstrationen, die legale bzw. geduldete Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften sowie eingeräumte Möglichkeiten in staatlichen Medien genutzt. Beispielsweise erreichen damit "Solidarnosc", oppositionelle Kräfte in Ungarn, aber auch einige Leute auf dem Volksdeputiertenkongreß in Moskau bereits breiteste Öffentlichkeit.

<u>Zweitens.</u> Weiter angewachsen ist die Anzahl oppositioneller Parteien – wie in Ungarn –, von Gruppen und Gruppierungen, sogenannter informeller Vereinigungen und anderer Zusammenschlüsse mit offenem oder verdecktem antisozialistischen Charakter.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000082

81

Wobei man auch sehen muß, daß sie mit ihrer Demagogie, mit dem Anknüpfen an breiteste Bevölkerungskreise bewegende ungelöste Probleme einen nicht zu unterschätzenden Zulauf erreichen. Für die erzielte Wirkung sind die Wahlergebnisse in der Volksrepublik Polen nur ein sichtbarer Ausdruck.

<u>Drittens</u> werden die nationalistischen Tendenzen, die nationalistischen Ausschreitungen in einigen Ländern sowie nationalistischen Positionenen zwischen einzelnen sozialistischen Ländern zu einem immer gefährlicheren Destabilisierungsfaktor. Welche Ausmaße das alles annimmt, konntet Ihr aus unseren Veröffentlichungen vor allem über die Vorgänge in bestimmten Republiken und Gebieten der UdSSR, über die Situation in Bulgarien sowie über die Differenzen zwischen Ungarn und Rumänien entnehmen.

<u>Viertens</u> - und das ist das Gefährlichste - erlangten feindliche, oppositionelle Kräfte und Gruppierungen bereits Zugang zur Macht bzw. streben sie die Veränderung der politischen Machtverhältnisse mit allen Mitteln an.

Letzteres zeigte sich bei den konterrevolutionären Ausschreitungen in der Volksrepublik China, speziell in Peking.

Und auch die Wahlergebnisse in der Volksrepublik Polen zeigen mit aller Deutlichkeit die ganze Kompliziertheit und Härte der Auseinandersetzung um die Machtfrage.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



82

BStU 000083

Die Ergebnisse der Wahlen zum polnischen Sejm und zum Senat sind Euch bekannt. Die PVAP hat eine schwere politische Niederlage erlitten. Von 100 Mandaten im Senat gewann"Solidarnosc" 99,und das 100ste Mandat fiel an einen Privatkapitalisten, einen Millionär. Im neuen Sejm hat die Regierungskoalition mit 65 % weniger als zwei Drittel Mandate.

"Solidarnosc"hat damit einen wesentlichen Einfluß auf die Politik des Staates erlangt. Da ihnen der Senat gehört, haben sie neben dem Recht selbst Gesetze einzubringen, auch die Möglichkeit, vom Sejm bereits beschlossene Gesetze zu überprüfen, ihre Rücknahme zu verlangen, Änderungen vorzuschlagen, sie an den Sejm zurückzugeben. Dann aber bedürfen die Gesetze einer zwei Drittel-Mehrheit. Und wie gesagt, mit 65 % reichen die Mandate der PVAP und ihrer Koalitionspartner dann eben nicht aus.

Man muß das also so klar sagen; "Solidarnosc" hat Zugang zur Macht erhalten. Ich will das Wahlergebnis jetzt nicht weiter kommentieren, jeder von uns weiß, was das für schwerwiegende Folgen haben kann. Vielmehr will ich in Kurzfassung die strategisch-konzeptionellen Überlegungen eines führenden Vertreters von "Solidarnosc" anführen, die besser zeigen als vieles anderes, womit wir rechnen, worauf wir eingestellt sein müssen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



83

BStU 000084

Für "Solidarnosc" sei eine Regierungsbeteiligung noch nicht akzeptabel, da das zu einem Rückgang ihres Wählereinflusses führen würde. Sie bleibe dashalb weiter in Oppositon, sei aber "bereit, die Regierung bei Reformen zu unterstützen". Innerhalb der nächsten 18 Monate will die Opposition in Polen "freie Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen" gewinnen, "unabhängige Gerichte und Massenmedien" schaffen. In einer weiteren Zweijahresperiode sollen dann"Parteiprobleme" gelöst und "völlig freie Sejmwahlen" durchgeführt werden. Vorerst sei also ein "behutsames Herangehen" an die PVAP erforderlich, um nicht erneut die Gefahr eines Ausnahmezustandes zu schaffen. Zielgerichtet soll die PVAP in eine "Partei von Managern" und schließlich in eine sozialdemokratische Partei umgewandelt werden. Ebenso plane man eine Umwandlung der gegenwärtigen Koalitionspartner der PVAP, um mit alledem die Mehrheit im Parlament, im Sejm zu erhalten.

Um diesen Prozeß zu ermöglichen und eine "soziale Explosion" in Folge der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Volksrepublik Polen zu verhindern, brauche man deshalb vor allem die Unterstützung des Westens.

Wenn ich eingangs im Zusammenhang mit dem strategischen Plan des Gegners auf die Absicht verwiesen habe, "behutsam die Erosion des Sozialismus" vorzunehmen, dann kommt auch in diesen Überlegungen die ganze Gefährlichkeit dieses Vorgehens zum Ausdruck.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



84

BStU 000085

Wir wissen, daß das auch den polnischen Genossen bekannt ist. Zugleich wissen wir aber auch, daß es in der Führung der PVAP, in den Reihen der polnischen Genossen starke Kräfte gibt, die ehrlich gewillt sind – auch unter diesen für sie sehr schwierigen Bedingungen –, den Kampf um die Macht, um die Sicherung der sozialistischen Entwicklung in Polen mit allen Mitteln zu führen. Deshalb kann es für uns nur die Aufgabe geben, diese Kräfte zu stärken und zu unterstützen.

Anders stellt sich die Entwicklung in Ungarn dar. Sie erfüllt uns - wie auf der 8. Tagung festgestellt wurde - mit großer Sorge. Deshalb möchte ich zur Lage dort, gewissermaßen in Ergänzung, in Fortschreibung des Briefes des Genossen Erich Honecker an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen, folgendes anführen:

- In den letzten Wochen hat sich die Situation weiter zugespitzt. Die feindlichen, oppositionellen Kräfte sind weiter erstarkt und gewinnen immer mehr Anhänger, die für eine bürgerliche, sozialdemokratisch geprägte Gesellschaftsordnung, für die Vernichtung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse, für die Abschwächung der Beziehungen zur sozialistischen Gemeinschaft bis hin zum Austritt aus dem Warschauer Vertrag und dem RGW, für eine politische und militärische Neutralität und für die Veränderung der ungarischen Verfassung in diesem Geiste sind.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



85

BStU 000086

- Wir müssen davon ausgehen, daß in absehbarer Zeit ein Mehrparteiensystem mit neun und möglichen weiteren neuen Parteien etabliert wird, die den Kampf um die politische Macht bei den Wahlen im Herbst führen werden. Bereits im Brief des Genossen Honecker wird darauf aufmerksam gemacht, daß die gegenwärtige Führung der USAP damit rechnet, im Ergebnis der Wahlen die Macht zu teilen oder sogar in die Opposition zu gehen.
- Was die Lage noch verschärft, ist die Tatsache der weiteren organisatorischen und politisch-ideologischen Schwächung der USAP. Sie verliert immer mehr Machtpositionen im Staat, an Einfluß in der Gesellschaft und an Vertrauen in der Bevölkerung. Vor allem die Aktivitäten des sogenannten Reformflügels lassen die akuten Gefahren der Spaltung der Partei oder das Entstehen von Fraktionen innerhalb der Partei - was einer Spaltung gleichkommt - erkennen. Revisionistische, auf den Sozialdemokratismus eingeschworene rechte Kräfte bestimmen faktisch die Linie der Partei. Davon zeugen auch die jüngsten Beschlüsse zur Veränderung der Führung in der Partei. Begünstigt wird das alles durch die Führungsschwäche, die Konzeptionslosigkeit und das unentschlossene Handeln der auf marxistisch-leninistischen Positionen stehenden Kräfte in der Parteiführung.
- Gravierende Auswirkungen auf die Lage hat die Krisensituation in der Wirtschaft. Die außerordentlich hohe Auslandsverschuldung und der chaotische Zustand ihrer Tilgung sowie insbesondere die Schwierigkeiten in der Versorgung und der Rückgang des Lebensniveaus der Werktätigen führen zu einer immer stärkeren Differenzierung in der Bevölkerung, versetzen die Gesellschaft faktisch in einen Fieberzustand.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



86

BStU 000087

- Außenpolitisch werden verstärkt wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Westeuropa und mit Ländern des Fernen Ostens entwickelt, wird regelrecht um Dollars gebettelt. Das heißt, Poszgai und andere wenden sich an jene Kräfte des Kapitals, denen es darum geht, den Sozialismus zu vernichten. Ich verweise hier nur noch einmal auf den Bush-Plan.

Faßt man das zusammen, so ist einzuschätzen:
Ungarn befindet sich an einem Scheideweg, entweder Sicherung
und Fortführung der sozialistischen Entwicklung oder Ungarn
wird weiter in das bürgerliche Lager abgleiten. Wenn es nicht
gelingt, die Spaltung der Arbeiterklasse zu verhindern, dann
ist die Entwicklung in Ungarn nicht mehr aufzuhalten, dann
geht es um die Existenz des Sozialismus in Ungarn. Im Grunde
genommen erinnert die Lage an die Situation 1956.

Angesichts dieser Lageentwicklung, der Gefahr der Spaltung der Partei und der Arbeiterklasse, besteht die wichtigste Aufgabe der marxistisch-leninistischen Kräfte in Ungarn jetzt darin, entschieden zu handeln, die Einheit und Aktionsfähigkeit der USAP wieder herzustellen, eine klare Strategie und Taktik zur Überwindung der Krise und zur weiteren Entwicklung des Sozialismus in Ungarn auszuarbeiten und ohne Zeitverzug durchzusetzen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



87

BStU 000088

In diesem schweren Kampf stehen die Kommunisten der DDR und auch wir Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit fest an der Seite aller progressiven Kräfte Ungarns, geben wir ihnen alle Hilfe und Unterstützung. Eine Veränderung der Lage muß aber von ihnen selbst durch entschlossenes Handeln erreicht werden. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Genossen!

Die Vielfalt der Wege, Mittel und Methoden der Gestaltung des Sozialismus und die aktuelle Entwicklung der Lage in einzelnen sozialistischen Ländern berühren nicht zuletzt auch Fragen der weiteren Gestaltung unserer Zusammenarbeit mit den Bruderorganen. Tatsache ist, daß die sich vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht ohne – zum Teil gravierende – Auswirkungen auf die Tätigkeit der jeweiligen Sicherheitsorgane bleiben.

Ohne Abstriche an unserem freundschaftlichen, brüderlichen
Verhältnis zu den vielen, durch eine jahrzehntelange enge
tschekistische Zusammenarbeit mit uns verbundenen Kampfgefährten in den befreundeten Sicherheitsorganen zu machen
- die gegenwärtige Situation erfordert es, davon auszugehen,
daß wir es auch in den Sicherheitsorganen mit Partnern zu
tun haben können, für die der proletarische Internationalismus,
die marxistisch-leninistische Weltanschauung und der Kampf
gegen den gemeinsamen Feind schon nicht mehr – oder nicht
mehr allein – die Basis für die Zusammenarbeit bilden.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



88

BStU 000089

Das verlangt von jedem Angehörigen, der in dieser oder jener Form an der Zusammenarbeit mit den Bruderorganen beteiligt ist, sich gründlich mit den aktuellen Entwicklungen in diesen Ländern zu beschäftigen, die dortige politische und politischoperative Situation genau zu erfassen und politisch klug zu agieren bzw. zu reagieren auf Haltungen und Verhaltensweisen, die in der Zusammenarbeit möglicherweise bisher nicht auftraten.

Das verlangt ein konsequent der politischen Linie unserer
Partei – ihrer Gesamtpolitik und insbesondere ihrer Sicherheitspolitik – entsprechendes Handeln und Verhalten, höchste
tschekistische Wachsamkeit und die strikte Einhaltung der
Prinzipien und Regeln der Konspiration und Geheimhaltung.
Alle operativen Probleme, Sachverhalte und Informationen,
die Gegenstand der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen
der sozialistischen Länder sind, müssen äußerst sorgfältig
und verantwortungsbewußt geprüft und eingeschätzt werden,
um eine Gefährdung von Quellen bzw. der operativen Interessen
des MfS insgesamt auszuschließen.

Deshalb unterstreiche ich noch einmal die Forderung, alle Fragen der Zusammenarbeit mit den Bruderorganen auf Linie streng in den Händen des jeweiligen Leiters der Diensteinheit zu konzentrieren und alle Maßnahmen mit der bzw. über die Abteilung X zu koordinieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



89

BStU 000090

Und natürlich müssen auch weiterhin die Festlegungen der Auslandsdienstreiseordnung und die Bestimmungen für die private Ausreise von Angehörigen des MfS ins sozialistische Ausland überall exakt eingehalten werden.

Dazu ist in allen Kollektiven das notwendige Verständnis weiter auszuprägen und zu vertiefen.

Abschließend hierzu möchte ich noch einmal unterstreichen:

Das Wichtigste, das Entscheidende ist, daß unsere Genossinnen und Genossen an alle Fragen der weiteren Gestaltung der Beziehungen zu den Bruderorganen, der Kontakte, Verbindungen und Begegnungen im sozialistischen Ausland, an alle damit verbundenen neuen Erscheinungen und komplizierten Probleme immer von einem festen und unerschütterlichen Klassenstandpunkt, von festen marxistisch-leninistischen Positionen aus herangehen und sie offen, kameradschaftlich und überzeugend vertreten.

Auch hier gilt, wie bei der Gestaltung der Beziehungen zu den Bruderparteien und -ländern generell, daß wir vor allem auf diese Weise, mit einer solchen Grundhaltung unserer gemeinsamen Sache den größten Nutzen erweisen können und müssen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



90

BStU 000091

Genossinnen und Genossen!

Eine der Hauptstoßrichtungen im subversiven Vorgehen des Gegners gegen die DDR bleiben seine Versuche der Schaffung und Legalisierung einer sogenannten inneren Opposition und der Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit.

Ich habe dazu vor dem Parteiaktiv unseres Ministeriums bereits zu den verschiedensten Anlässen gesprochen. Und ich weiß auch, daß die damit verbundenen politischen Anforderungen einen wesentlichen Schwerpunkt in der ideologisch-erzieherischen Arbeit der Parteiorganisationen ausmachen.

Was die unmittelbar aktuellen politisch-operativen Aufgabenstellungen betrifft, so habe ich sie in meinen Schreiben vom 23. 5. sowie vom 9. und 13. 6. 1989 an die Leiter der zuständigen Diensteinheiten festgelegt. Darüber hinaus hat mein Stellvertreter, Genosse Generaloberst Mittig, dazu erst vor kurzem eine spezielle Dienstbesprechung durchgeführt.

Ich will mich deshalb heute auf eine kurze aktuelle Lageeinschätzung auf diesem Gebiet konzentrieren und daraus die wichtigsten politischen Aufgabenstellungen ableiten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



91

BStU 000092

Real müssen wir einschätzen: Die wesentlich verstärkten politischen, ideologischen und subversiven gegnerischen Einwirkungen, die von den aktuellen Ereignissen in der VR China, in Polen und Ungarn und auch in der Sowjetunion ausgehenden Einflüsse, besonders die massierten Versuche antisozialistischer Kräfte in Polen und Ungarn, als legale Opposition die Macht der Arbeiterklasse zu unterhöhlen und zu destabilisieren, haben auch die feindlichen, oppositionellen Kräfte und Gruppierungen bei uns ermuntert, mit dieser Zielstellung immer offener und provokatorischer in Erscheinung zu treten.

Die Gesamtheit des Vorgehens innerer und äußerer Feinde auf diesem Gebiet läßt immer deutlicher das Bestreben erkennen, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR aufzuweichen, zu zersetzen und zu destabilisieren. Sie nutzen und mißbrauchen all das, worüber ich heute schon gesprochen habe, also vor allem die internationale Systemauseinandersetzung um Frieden und Abrüstung, die Menschenrechtsproblematik, globale Probleme des Umweltschutzes sowie die Fragen der weiteren Gestaltung des sozialistischen Gesellschaftsmodells sowohl für ihre antisozialistischen, provokatorisch-demonstrativen Aktivitäten als auch für ihre weitere organisatorische Profilierung.

Einen Schwerpunkt stellen ihre gegen die Grundlagen, gegen die Verwirklichung der Grundprinzipien des Sozialismus gerichteten Angriffe dar.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



92

BStU 000093

Das findet seinen Ausdruck in Forderungen nach "Erneuerung des Sozialismus", nach "Demokratisierung" des politischen und gesellschaftlichen Lebens, nach Durchführung von "Reformen" auch in der DDR. Unter dem Deckmantel einer sogenannten Entideologisierung soll die führende Rolle der Partei eingeengt und untergraben, die herrschende Ideologie preisgegeben, und unter der Flagge der "Demokratisierung" eine "pluralistische, dezentralisierte Organisation des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens" angestrebt werden.

Die Absicht ist eindeutig: Anerkennung sogenannter unabhängiger Gruppen und feindlicher, oppositioneller Kräfte als offizielle Dialogpartner, Erzwingung eines politischen Mitentscheidungsrechtes, aktive Einflußnahme auf gesellschaftliche Veränderungen.

Diese Forderungen sind im engen Zusammenhang zu sehen mit den Angriffen gegen die sozialistische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, wie sie sich u. a. im massiven Vorgehen feindlicher, oppositioneller und kirchlicher Kräfte anläßlich der Kommunalwahlen zeigten. Die Versuche, das Wahlergebnis zu diskriminieren, uns Wahlfälschung zu unterstellen und dafür angebliche Beweise zu konstruieren und Gerüchte in die Welt zu setzen, unterstreichen, worum es diesen Kräften geht. Sie arbeiten dabei auf das engste mit dem Gegner zusammen und ordnen sich in seine strategischen Pläne ein.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



93

BStU 000094

Die im Innern wirkenden feindlichen, oppositionellen Kräfte konzentrieren sich in ihrem Vorgehen immer gezielter auf spezifische politische, gesellschaftliche und andere Anlässe, nehmen diese als Ansatzpunkte und richten zugleich ihre inhaltlichen Angriffe verstärkt darauf aus. So wurde – um nur das jüngste Beispiel zu nennen – der IX. Pädagogische Kongreß zum Anlaß genommen, um massiv das Erziehungs- und Bildungswesen der DDR anzugreifen, seine Reform zu fordern. Es wurden darauf abzielende Forderungen erhoben, die bis hin zur Zurückdrängung und Beseitigung des Einflusses von Partei und Jugendorganisationen an den Lehr- und Ausbildungseinrichtungen reichen.

Eingeordnet in diese Angriffsinhalte sind die unter dem Deckmantel einer "Entmilitarisierung" der Gesellschaft beharrlich vorgetragenen, immer wiederkehrenden Forderungen, u. a. nach Abschaffung von Feindbildern, nach Entfernung aller militärischen Elemente aus dem System der Volksbildung, also Forderungen, die eindeutig auf die Untergrabung der Wehrbereitschaft und Wehrmotivation der Jugend abzielen.

Immer umfassender versuchen feindliche, oppositionelle Kräfte Probleme des Umweltschutzes und das gewachsene Umweltbewußtsein unserer Bürger für die Inspirierung und Organisierung sogenannter Bürgerinitiativen zu mißbrauchen, um damit Druck auf die territorialen staatlichen Organe auszuüben bis hin zur Erzwingung der Rückgängigmachung staatlicher Entscheidungen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



94

BStU 000095

Mit solchen Forderungen wie "Ausstieg" aus der Kernenergie und mit sogenannten Solidaritätskampagnen für stark umweltgeschädigte Gebiete sollen die enormen Anstrengungen von Partei und Regierung gerade auf dem Gebiet des Umweltschutzes diskriminiert, sollen möglichst viele Bürger in entsprechende Aktionen einbezogen werden.

Was die bekannten feindlichen, oppositionellen Gruppen und Gruppierungen bei uns betrifft, so zeichnen sich hier Tendenzen ab, die das Bestreben erkennen lassen, die bisherigen Gruppenstrukturen zu vervollkommnen und auszubauen, sie mit dem Ziel zu erweitern, eine Massenbasis zu erlangen. Wir müssen davon ausgehen, daß ihr gesamtes Vorgehen qualitativ neue Züge aufweist. Das widerspiegelt sich vor allem in folgendem:

- 1. Auch wenn feindliche, oppositionelle Kräfte in der DDR über kein einheitliches politisches Konzept bzw. über kein in sich geschlossenes "alternatives" Gesellschaftsmodell verfügen, wird ihr gesamtes Vorgehen zunehmend langfristig konzeptionell und organisatorisch vorbereitet, zwischen Führungskräften abgestimmt und zum Teil stabsmäßig durchgeführt.
- Erkennbar ist, wie bereits gesagt, die verstärkte Orientierung auf provokatorisch-demonstrative Aktionen in der Öffentlichkeit, auf Aktionismus.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



95

BStU 000096

Feindliche, oppositionelle Kräfte wollen den Staat nicht nur zu einem politischen Dialog - den es mit diesen Kräften nicht geben wird - zwingen, erpressen und ein Mitentscheidungsrecht einklagen. Sie wollen in weitaus stärkerem Maße die staatlichen Organe öffentlich herausfordern, sie zu restriktiven Maßnahmen, zum Einsatz der staatlichen Machtmittel provozieren. Andererseits geht es ihnen darum, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen unter Einbeziehung weiterer Bürger und in Anwesenheit westlicher Massenmedien ihren Handlungsspielraum zu erweitern und die Wirksamkeit staatlich-rechtlicher Reaktionen und Sanktionen einzugrenzen, uns möglichst gänzlich die Hände zu binden. Dazu suchen sie verstärkt die Auseinandersetzung, die Konfrontation mit dem Staat auf der Straße. In diesem Sinne sind sie ständig bemüht, ihren Aktionsradius zu erweitern. Dafür werden weiter wie bisher Antrag-

steller auf ständige Ausreise einbezogen, zunehmend aber auch Studenten und Personen aus Kreisen der Intelligenz mobilisiert.

3. Es nehmen Handlungen feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zu, unter gezieltem Mißbrauch der sozialistischen Demokratie den Staat und dessen Einrichtungen permanent zu beschäftigen, in seiner Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit zu beeinflussen und einzuschränken, ihn gewissermaßen unter ihre Kontrolle zu stellen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000097

Das zeigt sich u. a. in einem erheblichen Anstieg der von solchen Kräften initiierten und organisierten Eingabentätigkeit, im Vorbringen von Beschwerden, der bewußten Störung des politischen Anliegens öffentlicher staatlicher und gesellschaftlicher Veranstaltungen, aber auch in Bestrebungen dieser Kräfte, in diesem Sinne mit"Bürgerinitiativen" in den Wohngebieten wirksam zu werden.

96

- 4. Feindliche, oppositionelle Kräfte wirken mehrheitlich noch enger mit reaktionären kirchlichen Amtsträgern zusammen, sind fast ausschließlich in Strukturen der evangelischen Kirchen eingebunden und können für ihre Aktivitäten deren materielle und technische Möglichkeiten umfassend nutzen. Ihre Angriffsrichtungen stimmen überein mit bestimmten Überlegungen und Vorgehensweisen kirchlicher Kräfte, ein sogenanntes Wächteramt gegenüber dem Staat ausüben zu wollen.
- 5. Die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Kräfte koordinieren ihre Aktivitäten zunehmend mit sozialismusfeindlichen Kräften im Operationsgebiet bzw. mit ihren legalen Agenturen in der DDR, erhalten von diesen umfassende ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung darin eingeschlossen zum Beispiel die kostenlose Übergabe von Drucktechnik und -materialien zur Herstellung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000098

97

6. Festzustellen sind Bestrebungen eines immer engeren Zusammenwirkens innerer Feinde der DDR mit antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten. Die Palette solcher Kontakte und Verbindungen ist breiter geworden und sie beschränkt sich nicht mehr nur auf Kontakte zu einzelnen hinlänglich bekannten Oppositionellen, sondern zu antisozialistischen Gruppierungen, Vereinigungen und anderen Zusammenschlüssen in diesen Ländern. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf Bestrebungen von einzelnen Feinden bei uns, in Übereinstimmung mit entsprechenden Orientierungen des Gegners die Bildung von sogenannten Helsinki-Überwachungsgruppen in der DDR zu initiieren.

Soweit kurz zusammengefaßt einige aktuelle Tendenzen der Lageentwicklung auf dem Gebiet politischer Untergrundtätigkeit.

In meinen Schreiben und gleichzeitig übergebenen ausführlichen
Materialien an die Leiter ausgewählter zentraler Diensteinheiten im MfS und die Leiter der Bezirksverwaltungen habe
ich ausführlich über aktuellste Erkenntnisse informiert, verbunden mit entsprechenden Aufgabenstellungen und Orientierungen.

Sie sind mit aller Konsequenz durchzusetzen. Ich unterstreiche das auch deshalb, weil der Generalsekretär, Genosse Erich Honecker, unter Bezugnahme auf Versuche feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte, Demonstrationen zu organisieren, den Bezirksparteiorganisationen sowie den Schutz- und Sicherheitsorganen den Auftrag erteilt hat, nicht zuzulassen, daß sich bei uns solche Dinge entwickeln.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000099

98

Wir dürfen - so Genosse Honecker wörtlich - es nicht zu solchen Ansammlungen kommen lassen und müssen von Anfang an dagegenhalten.

Und weiter: Natürlich können wir solche Kräfte nicht aus der Welt schaffen – aber ihren Aktionen muß rechtzeitig begegnet werden. Und er fügte dem prinzipiell hinzu: Bei uns muß von Anfang an all das unterbunden werden, was ungesetzlich ist.

Ihr werdet mir zustimmen – ein politisch sehr bedeutsamer Auftrag. Seine konsequente Realisierung muß unsere gesamte Arbeit auf diesem Gebiet bestimmen.

Insgesamt muß es darum gehen, die vorbeugende Verhinderung bzw. Unterbindung der von feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräften, darunter auch von Antragstellern, ausgehenden Aktivitäten noch effektiver und wirksamer zu organisieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000100

99

Unter Führung der Partei muß in allen territorialen Bereichen ein noch einheitlicheres und konzeptionell gesichertes politisch-ideologisches und operatives Zusammenwirken und Vorgehen aller zuständigen staatlichen Organe und einzubeziehenden gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte gewährleistet werden, um eine weitere Profilierung bestehender, die Bildung neuer personeller Zusammenschlüsse und von diesen ausgehende antisozialistische Aktivitäten erfolgreicher vorbeugend zu verhindern. Wichtig ist es, dazu das ganze Potential staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte zielgerichtet zu erschließen, zu befähigen und einzusetzen.

Der Einsatz befähigter und erprobter gesellschaftlicher Kräfte hat sich vor allem in zwei Richtungen bewährt und muß hier noch verstärkt werden.

Das ist zum einen das offensive Auftreten gesellschaftlicher Kräfte auf bestimmten Veranstaltungen bzw. bei geplanten Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte, um durch das Darlegen positiver Standpunkte zur Politik von Partei und Regierung sie politisch nicht zum Zuge kommen zu lassen, ihren Handlungsraum einzugrenzen, politisch und sachlich falsche Auffassungen zu widerlegen bzw. zurückzuweisen.

Das setzt hohe politische Kenntnisse und Fähigkeiten voraus, erfordert ein politisch kluges und entschlossenes Handeln.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



100

BStU 000101

Das gesellschaftliche Potential muß auch noch breiter und wirksamer für die unmittelbare Unterstützung der von den Schutz- und Sicherheitsorganen durchzuführenden Maßnahmen nutzbar gemacht werden, ohne daß sie jedoch unsere Aufgaben übernehmen können. Wir dürfen von den gesellschaftlichen Kräften nicht mehr fordern, als sie tatsächlich beizutragen imstande sind.

Zum anderen gilt es, in weit stärkerem Maße als bisher, gesellschaftliche Kräfte zur gezielten individuellen Einflußnahme und Betreuungstätigkeit gegenüber Personen aus personellen Zusammenschlüssen im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich einzusetzen, um politisch schwankende, irregeleitete oder politisch mißbrauchte Personen mit Beharrlichkeit und politischem Einfühlungsvermögen aus feindlichen, oppositionellen Personenkreisen herauszubrechen und zurückzugewinnen.

In der offensiven Auseinandersetzung mit solchen Kräften muß sich die Stärke unserer Ideologie, unserer Weltanschauung und unserer Überzeugungen, die Stärke des Sozialismus in der Theorie und der Praxis noch eindeutiger erweisen. Das setzt aber auch voraus, die gesellschaftlichen Kräfte noch besser zu befähigen und darauf einzustellen, auch in diesem Sinne zu kämpfen und keine Auseinandersetzungen zu scheuen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



101

BStU 000102

Welche positiven Wirkungen durch eine beharrliche, langfristig angelegte und kluge individuelle ideologische Einflußnahme erzielt werden können, beweist das Auftreten von
Vertretern der DDR auf der "Europäischen Ökumenischen Versammlung" in der Schweiz, bei denen es um Probleme des abgestimmten Handelns der Christen zu den Fragen unserer Zeit
ging.

Um in den beiden von mir genannten Richtungen des verstärkten Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte die Anstrengungen weiter zu erhöhen und eine größere Wirksamkeit zu erreichen, ist es erforderlich, die leitenden Partei- und Staatsfunktionäre auf allen Ebenen kontinuierlich über die aktuelle Lage auf diesem Gebiet zu informieren und ihnen konkrete, lagebezogene Vorschläge zum Einsatz gesellschaftlicher Kräfte, für eine zielgerichtete ideologische Arbeit und zur positiven Veränderung der Gesamtlage bzw. der Lage auf einzelnen Gebieten zu unterbreiten.

Damit hier keine Unklarheiten entstehen, unterstreiche ich aber auch noch einmal:

Bei aller Zunahme der Bedeutung des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte - gegenüber unbelehrbaren feindlichen, oppositionellen Kräften, die wiederholt und in erheblichem Maße Strafrechts- und ordnungsrechtliche Normen verletzen, werden auch weiterhin differenzierte rechtliche Maßnahmen durchgeführt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



102

BStU 000103

Das erfordert aber zugleich – und dazu müssen die zuständigen
Diensteinheiten und Mitarbeiter auch selbst noch ideenreichere
Vorschläge unterbreiten – die politischen, rechtlichen und
operativen Maßnahmen durch entsprechende offensive ideologische
Maßnahmen, einschließlich durch die Öffentlichkeitsarbeit,
zu flankieren und zu ergänzen.

Hier muß vor allem auch die Bezirkspresse noch besser genutzt werden. An die Adresse der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der Partei richtete Gen. Erich Honecker die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß sich in der Bezirkspresse noch stärker die Abwehr feindlicher Angriffe widerspiegelt. Und auch in der mündlichen Agitation, in persönlichen Gesprächen kann man – betonte der Generalsekretär – sich vieles sagen und braucht sich nichts zu schenken.

In diesem Sinne gilt es überall, noch mehr zu handeln.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



103

BStU 000104

Genossen!

Für die vorbeugende Verhinderung und Unterbindung der von feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräften ausgehenden Aktivitäten tragen wir als Ministerium für Staatssicherheit eine besonders große politische Verantwortung. Das ist eine Aufgabe aller Diensteinheiten.

Der Erfölg unserer Arbeit wird maßgeblich beeinflußt durch das umsichtige und politisch kluge tschekistische Verhalten unserer Genossen. Das gilt gleichermaßen für die vorgangsführenden Mitarbeiter wie auch für alle Einsatzkräfte.

Die politisch-ideologische Arbeit sollte deshalb in <u>allen</u>
Partei- und Dienstkollektiven auch weiterhin auf alle damit
im Zusammenhang stehenden politischen Erfordernisse und Aufgaben ausgerichtet sein. Es ist doch so, daß die große Zahl
von Sicherungseinsätzen zur Verhinderung öffentlicher provokativ-demonstrativer Handlungen mit einem hohen personellen
Kräfteeinsatz, mit dem zusätzlichen Einsatz von Mitarbeitern,
die micht den operativen Diensten angehören, verbunden sind.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



104

BStU 000105

Das wird auch künftig so sein. Und man muß sich in allen Diensteinheiten auch darauf einstellen, daß das noch zunehmen kann.

Auch aus diesen Gründen ist es erforderlich, jedem Mitarbeiter stets ein aktuelles Feindbild zu vermitteln, sie noch besser zu befähigen, ihre Sicherungs- und anderen vorbeugenden Aufgaben unverzüglich, politisch richtig und mit zweckmäßigen Mitteln zu realisieren.

Ich betrachte es auch als eine wesentliche Aufgabe der Leitungen der Partei- und Grundorganisationen, alle Angehörigen in den Diensteinheiten zu zusätzlichen Anstrengungen zu mobilisieren, damit der mit den notwendigen Sicherungseinsätzen verbundene erhebliche Kräfteausfall sich nicht auf die Lösung der eigentlichen Aufgaben der Diensteinheiten auswirkt.

Hier ist ein breites Feld für die Parteiarbeit, um die notwendigen politischen Überzeugungen und die erforderliche Einstellung zur Lösung aller übertragenen Aufgaben zu schaffen.

Jeder Mitarbeiter unseres Ministeriums muß an seinem Platz,
durch die gewissenhafte Erfüllung seines Auftrages dazu beitragen, daß unter allen Lagebedingungen die staatliche Sicherheit jederzeit gewährleistet ist. Die Feinde dürfen bei uns
nicht zum Zuge kommen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



105

BStU 000106

Genossen!

Wenn ich vor diesem Kreis sehr ausführlich auf bestimmte Entwicklungen in sozialistischen Ländern, auf das Wirken feindlicher, oppositioneller Kräfte im Innern unserer Republik, auf die ganze Kompliziertheit der gegenwärtigen Situation eingegangen bin, dann dürfen wir als Kommunisten und Tschekisten aber niemals die erreichten Erfolge, die großen Anstrengungen zur Weiterentwicklung und Stärkung der sozialistischen Gesellschaft aus dem Auge verlieren.

Höchste Wachsamkeit muß man üben und besorgt muß man sein
- aber nicht pessimistisch. Man darf nicht nur die negativen
Seiten sehen oder gar in Angst verfallen. Das alles ist in
unserer Haltung und Arbeit fehl am Platze.

Gestützt auf unsere wissenschaftliche Weltanschauung, auf den objektiven Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung haben wir allen Grund, voller Siegeszuversicht an unsere Sache nicht nur zu glauben, sondern von der Richtigkeit unserer Sache fest überzeugt zu sein.

Alles, was erreicht wurde und sich in der Welt vollzieht, steht letztlich im Zusammenhang mit dem Roten Oktober, mit der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Unter ihrem Banner wurden alle Voraussetzungen geschaffen, auch in der heutigen Klassenauseinandersetzung, wo es um die Frage "Wer - wen?" im Weltmaßstab geht, den Kampf weiter siegreich zu führen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



106

BStU 600107

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, erst recht die weitere Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist keine glatte Straße. Sie erfordert unter den Bedingungen der ständigen Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus einen entschlossenen und umsichtigen Kampf der Partei, der gesamten Gesellschaft und auch den hohen parteilichen Beitrag jedes einzelnen.

Die Geschichte unserer Revolution lehrt uns aber auch:

Manche, darunter auch Parteimitglieder, werden diesen Anforderungen nicht gerecht, halten den Belastungen nicht stand, resignieren oder wechseln sogar die Fronten des Klassenkampfes.

Das darf in unseren Reihen aber nicht zu Zweifeln und zu
Unsicherheiten, zur Verunsicherung führen. Das Rad der Geschichte dreht sich unaufhaltsam vorwärts zum gesellschaftlichen Fortschritt, zum Sozialismus. Davon muß jeder Angehörige
unseres Ministeriums überzeugt sein und dementsprechend handeln.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



107

BStU 000108

Genossen!

Im Verlaufe der Beratungen der 8. Tagung des ZK der SED wurde deutlich, daß wir seit dem 7. Plenum auf unserem strategischen Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter vorangeschritten sind - und das nicht nur zeitlich betrachtet.

Das beweisen nicht zuletzt die Ergebnisse bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1989, die ein dynamisches und stabiles ökonomisches Wachstum dokumentieren.

Das produzierte Nationaleinkommen stieg bis Ende Mai 1989 um 4 Prozent, wobei wesentlich ist, daß dieses notwendige Wachstum vollständig auf gestiegener Arbeitsproduktivität beruht.

Die Nettoproduktion der Industrie stieg um 4,6 Prozent.

Gute Resultate erzielten wir auch im Bauwesen, im Verkehrswesen und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Das sind Ergebnisse, die sich sehen lassen können – wenn wir auch nicht verhehlen, daß nicht alle Bereiche, Zweige und Kombinate gleichermaßen daran beteiligt waren, weiterhin ungerechtfertigte Unterschiede bestehen – also auf einen Nenner gebracht, noch viel zu tun bleibt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



108

BStU 000109

Diese ökonomischen Erfolge versetzten uns gleichzeitig in die Lage, das erreichte materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes zu sichern und zu erhöhen.

Als Kernstück unserer Sozialpolitik wurde das Wohnungsbauprogramm weiter zügig verwirklicht. Allein bis Ende Mai 1989 wurden 82 490 Wohnungen neu gebaut bzw. modernisiert, wodurch sich für eine Viertelmillion Bürger die Lebensverhältnisse verbesserten. Das betrifft erneut auch eine größere Zahl von Angehörigen unseres Ministeriums hier in Berlin und in den Bezirken.

Die Berichterstattung des Leiters der Verwaltung Rückwärtige Dienste vor dem Sekretariat der SED-Kreisleitung – im Bericht an die heutige Sitzung ist das ja enthalten – hat zum einen deutlich gemacht, daß auch im MfS bis 1990 die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem erfolgreich abgerechnet werden kann; zum anderen aber auch, daß bis dahin durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Diensteinheiten noch vieles zu tun ist.

Der gesamte Verlauf der 8. Tagung machte bei allen positiven Ergebnissen jedoch auch deutlich:

Trotz hoher Leistungen der Werktätigen und eines kontinuierlichen Leistungszuwachses besteht in der Volkswirtschaft eine angespannte Situation.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



109

BStU 000110

Es bedarf weiterer erheblicher Anstrengungen und der Mobilisierung aller Kräfte und Reserven, um jene Mittel zu erwirtschaften, die für eine weitere stabile und kontinuierliche volkswirtschaftliche Entwicklung und für die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse unserer Menschen unabdingbar sind, die unsere sozialistische Gesellschaft immer attraktiver machen.

Und auch auf die Gefahr hin, uns ständig zu wiederholen, der unumstößliche Grundsatz, daß nur das verbraucht werden kann, was <u>vorher</u> erarbeitet worden ist, muß heute mehr denn je Leitmotiv unseres sozialistischen Wirtschaftens werden. Und dazu bedarf es noch großer, sehr großer Anstrengungen, die Bewältigung vieler komplizierter Probleme.

Und im übertragenen Sinne steht das mit aller Schärfe auch vor unserem Ministerium, bei der Umsetzung der ökonomischen Strategie der Partei in unseren eigenen Reihen. Auf der letzten Kreisleitungssitzung wurden dazu sehr ausführliche und prinzipielle Orientierungen für die Parteiarbeit, für die politische Führungstätigkeit gegeben. Ich will das hier nicht wiederholen. Im Sinne der Unterstreichung, der Bekräftigung will ich nur noch einmal hervorheben:

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



110

BStU 000111

In allen Dienst- und Parteikollektiven ist mit noch mehr Konsequenz der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Aufgaben des MfS mit den materiellen und finanziellen Fonds erfüllt werden müssen, die uns zur Verfügung gestellt werden. Ein Mehr ist nicht möglich. Wir müssen uns vielmehr darauf einstellen, daß wir noch mit weniger auskommen und unsere Aufgaben realisieren müssen. Das erfordert die Kampfposition der Leiter, Parteileitungen und Parteikollektive nicht nur in den operativtechnischen und sicherstellenden, sondern in allen Bereichen der Parteiorganisation. Verantwortungsvolles ökonomisches Denken und äußerste Sparsamkeit sind unter diesen Bedingungen überall und bei jeder Tätigkeit erforderlich.

Mehr noch – wir müssen die materiellen und finanziellen Mittel auf das unbedingt Notwendige beschränken. Alles, was irgendwie nur möglich ist, muß für die Unterstützung der ökonomischen Aufgabenstellungen zur Verfügung gestellt werden.

Das schließt auch ein, keine unnötigen Lagerbestände zuzulassen.

Von jeder Diensteinheit erwarte ich, daß sie die übertragenen Aufgaben mit noch weniger Mitteln erfüllt.

Es muß stets um zuverlässige Gewährleistung der Sicherheit bei höchster Effektivität, um größten Nutzen bei niedrigstem Aufwand gehen. Darin liegt eine wichtige Seite der parteilichen Einflußnahme auf die Arbeitsprozesse.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



111

BStU 000112

Genossen!

Beim Studium der Materialien der 8. Tagung und ihrer Auswertung sollte vor allem auch beachtet werden, daß sie auf eine Reihe von Problemen hinweist, gewissermaßen auf entscheidende Kettenglieder orientiert, um die Leistungsentwicklung mehr und mehr über das bisherige Schrittmaß hinaus zu steigern. Auf einige dieser Probleme möchte ich etwas näher eingehen:

 In besonderem Maße konzentrieren sich die Anstrengungen in allen Zweigen und Territorien auf die planmäßige Inbetriebnahme von 59 Vorhaben zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR.

Vom Politbüro wurde darüber hinaus eine Auswahl von 110 entscheidenden Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik getroffen, die zu Ehren dieses Jahrestages mit höchsten Ansprüchen an die volkswirtschaftliche Effektivität produktionswirksam werden sollen.

Das ist beileibe keine Aufgabenstellung, die etwa aus propagandistischen Gründen erfolgt, sondern dahinter verbergen sich ganz handfeste Ziele. Mit der Realisierung dieser Vorhaben müssen bedeutende volkswirtschaftliche Ergebnisse erreicht werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



112

BStU 000113

Es muß eine wesentliche Aufgabe unseres Organs sein, im Rahmen unserer Verantwortung den gesamten Prozeß unter ständiger Kontrolle zu halten, um auch über unsere Kanäle rechtzeitig signalisieren zu können, wo es nicht planmäßig vorangeht. Damit versetzen wir die Partei- und Staatsführung, die zuständigen Partei-, Staats- und wirtschaftsleitenden Organe zugleich in die Lage, entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung von Hemmnissen aller Art einzuleiten. Das ist ein echter Beitrag des MfS zur würdigen Vorbereitung dieses gesellschaftlichen Höhepunktes.

- Die Erprobung des Prinzips der umfassenden Eigenerwirtschaftung der Mittel für die intensiv erweiterte Reproduktion in 16 Kombinaten wurde erfolgreich weitergeführt. Dabei wird immer deutlicher, daß der bewährte Grundsatz, was der Volkswirtschaft nützt, das muß auch für die Kombinate und Betriebe von Vorteil sein, gerade durch die Anwendung dieses Prinzips noch konsequenter verwirklicht werden kann. Durch eine sichtbare, gesunde dialektische Wechselwirkung bietet sich ein beträchtlicher Anreiz, ökonomisch exakter zu rechnen und noch konsequenter um die Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis zu kämpfen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



113

BStU 000114

Ausgehend von durchweg positiven Erfahrungen hat deshalb das Politbüro beschlossen, beginnend mit der Planausarbeitung 1990 insgesamt weitere 40 Kombinate nach dem vorgenannten Prinzip arbeiten zu lassen.

Dadurch werden bis Ende des laufenden Fünfjahrplanes in allen Bereichen der materiellen Produktion entsprechende Erfahrungen vorliegen, die eine solide Grundlage für weitere zentrale Entscheidungen bilden.

Große Aufmerksamkeit widmen das Politbüro und der Ministerrat der Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1990. Die in diesem Zusammenhang erlassene gemeinsame Direktive von Partei, Regierung und Gewerkschaft enthält dazu notwendige Grundsätze.

Wenn darin gefordert wird, die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1989 und die Vorbereitung des Planes 1990 als einheitlichen Prozeß zu leiten, so ist das ein dringendes Erfordernis, dem sowohl die zuständigen Staats- und wirtschaftsleitenden Organe als auch die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen selbst gerecht werden müssen.

Erste Voraussetzung für die gute Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1990 ist die Erfüllung des Planes 1989 und der zusätzlichen Verpflichtungen. Dazu muß überall der Kampf geführt werden und dazu gilt es, die Werktätigen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu mobilisieren.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



114

BStU 000115

Wissen wir doch alle um den untrennbaren Zusammenhang zwischen aufeinanderfolgenden Plänen – und wir verraten durchaus kein Geheimnis, wenn wir eingestehen, schon böse Erfahrungen auf diesem Gebiet erlebt zu haben. Es ist einfach eine Binsenwahrheit, daß ein unerfüllter Plan stets unliebsame Kettenreaktionen auslöst.

Und das gilt im besonderen Maße auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Konsumgütern und Waren des täglichen Grundbedarfs.

In diesem Zusammenhang stellte der Genosse Erich Honecker auf der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen anläßlich der 8. Tagung fest:

Es ist doch eine politische Frage und berührt vor allem das Vertrauensverhältnis, wenn unsere Medien ständig über die erfolgreiche Entwicklung der Volkswirtschaft berichten – und das zurecht aus der großen Sicht –, aber trotzdem gibt es eine Reihe Artikel nicht zu kaufen oder wurde die Produktion sogar unüberlegt eingestellt. Zumeist sind das nurkleine Artikel, aber da das niemand verstehen kann, ist der politische Schaden groß. Der Plan 1990 sieht eine bedeutende Erweiterung der Konsumgüterproduktion vor, und zwar solcher, wo es erhöhten Bedarf gibt. Und wohlgemerkt – so Genosse Honecker –, es geht um eine reale Steigerung und nicht um eine wertmäßige Rechnung.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



115

BStU 000116

Auch hier müssen wir als Ministerium für Staatssicherheit die Partei darin unterstützen, daß das tatsächlich so umgesetzt wird, wie das von ihr beschlossen und vom Genossen Honecker gestellt wurde.

Zurück zum Grundproblem der Planerfüllung.

Immer zwingender wird das Erfordernis, auf allen Ebenen den leitungsmäßigen Einfluß zur besseren Beherrschung des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Plan, Bilanz und Vertrag weiter zu verstärken. Das betrifft die Sicherung der Übereinstimmung zwischen Produktions- und Absatzplanung als wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung einer hohen Vertragsdisziplin im Export und gegenüber dem Binnenhandel ebenso wie die unbedingte Sicherung der Pläne, Bilanzen und Verträge bei den Zulieferungen – also der ganzen "Kooperationskette".

Über Festlegungen für die Erarbeitung des Planes 1990 hinaus gibt es bereits solche für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1991 – 1995. Sie gehen in bewährter Weise davon aus, ganz im Sinne der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Dynamik, Stabilität, wachsende Effektivität und Qualität die künftige volkswirtschaftliche Entwicklung zu sichern.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



116

BStU 000117

- Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Partei zur Mobilisierung der Werktätigen in der Landwirtschaft stand die Herausarbeitung von Erfahrungen der Besten und deren Übertragung auf jene LPG und Betriebe, die im Leistungsniveau zurückbleiben. Entscheidend ist, eine schnellere Entwicklung der Pflanzenproduktion zu gewährleisten. Angesichts der extremen Trockenheit, der schwierigen Bedingungen durch das Wetter sind erneut außerordentliche Anstrengungen erforderlich, um das Geplante zu erreichen. Durch das hohe Niederschlagsdefizit im Monat Mai müssen wir in einigen Gebieten schon jetzt mit Ertragsausfällen von über 1,3 Millionen Tonnen rechnen.

Ausgehend davon, daß es in der Landwirtschaft ernste Probleme gibt, die die Erhöhung der Erträge und Leistungen behindern, wurde auf der 8. Tagung erneut die Notwendigkeit hervorgehoben, die Anstrengungen des Landmaschinenbaus und der landtechnischen Instandsetzung zur materiell-technischen Sicherstellung der Arbeiten weiter zu erhöhen. Es gilt, die Aufgaben auf diesem Gebiet konsequenter durchzuführen für eine weitere Leistungssteigerung in der Landwirtschaft und die Bewältigung der landwirtschaftlichen Arbeiten.

Das ist auch eine grundlegende politische Frage. Hier geht es um die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen der Arbeiterklasse gegenüber der Klasse der Genossenschaftsbauern.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



117

BStU 000118

In den vergangenen Monaten wurde darüber hinaus eine umfassende Arbeit zur Schaffung gesamtstaatlicher Bedingungen für die Weiterführung des Intensivierungsprozesses der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft in den 90er Jahren geleistet.

Ein Beschluß des Politbüros zur Gestaltung des Agrarpreisniveaus für die Haupterzeugnisse und andere wichtige ökonomische Maßnahmen in der Landwirtschaft ab 1991 beinhalten,
die effektivitätsfördernde Wirkung der Agrarpreise und
ökonomischer Regelungen so zu erhöhen, daß damit Voraussetzungen für einen wachsenden Beitrag der Landwirtschaft
zum Nationaleinkommen geschaffen werden. Analog entsprechender guter Erfahrungen in der Industrie – nämlich lieber
zehnmal messen als einmal schneiden – erfolgt gegenwärtig
die Erprobung der neuen Preise und anderer ökonomischer
Regelungen in den LPG und VEG von 17 Kooperationen, die
repräsentativ sind für unterschiedliche Produktionsbedingungen.

Es werden also - entsprechend einem bewährten Grundsatz unserer Agrarpolitik und damit zugleich unserer sozia-listischen Demokratie - alle Ideen und Erfahrungen unserer Genossenschaftsbauern in zentrale Entscheidungsfindungen einbezogen. Stets auf die Erfahrungen der Bauern zu hören, ist ein Grundsatz, den wir nicht verletzen dürfen.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ \mathsf{1-146}$



118

BStU 000119

Genossen!

Im Kampf um eine bedeutend höhere ökonomische Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik fallen letztendlich wesentliche Entscheidungen über die ökonomischen und politischen Positionen der DDR.

Eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung ist es deshalb, vor allem bei wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen noch mehr Zeitgewinn und damit sichtbare Ergebnisse zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Erhöhung der Qualität, zur Senkung der Kosten zu erreichen.

Ich betone das deshalb so stark, weil die DDR im Vergleich zu führenden kapitalistischen Industriestaaten hinsichtlich der ökonomischen Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik nach wie vor noch beträchtliche Rückstände hat und es gegenwärtig auch noch nicht im notwendigen Maße gelingt, die Potenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden.

Wesentliche Voraussetzung, in welchem Maße das gelingt, ist die noch effektivere Arbeit der wissenschaftlichtechnischen Potenzen der Kombinate und Betriebe selbst, die rasche Verwertung ihrer Ergebnisse in der Produktion, sowohl in der Technologie, in der Arbeitsorganisation als auch in den Erzeugnissen und bei der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



119

BStU 000120

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen der Industriekombinate mit den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens.

Zweifellos gibt es auch auf diesem Gebiet Fortschritte.

Mehr denn je kommt es aber darauf an, die Forschungskooperation auf der Grundlage abgestimmter Strategien auf solche
Ziele zu konzentrieren, die zu grundlegenden Neuerungen in
der Volkswirtschaft führen, die zum Zeitpunkt ihrer Marktwirksamkeit internationales Spitzenniveau besitzen und demzufolge
ökonomisch vorteilhaft verwertet werden können.

Schon da zu sein, wenn der Konkurrent auf dem Markt erscheint – darauf kommt es in erster Linie an. Das heißt, sich auf entscheidende Durchbruchstellen zu konzentrieren, wie es im Bericht an die 8. Tagung erneut gefordert wird.

Ein weiterer wesentlicher Gedanke dazu wurde im Verlaufe der 8. Tagung deutlich, der bisher noch gar nicht so in den Vordergrund gerückt wurde.

Die Forschungskooperation trägt gleichzeitig dazu bei, eine praxisorientierte Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, einen ausbildungsgerechten Einsatz der Absolventen und eine qualifizierte Weiterbildung zu verwirklichen.

Sind doch die heutigen Studenten die Wissenschaftler, Entwicklungsingenieure und Technologen von morgen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



120

BStU 000121

Bekanntlich hat Genosse Erich Honecker auf der 7. Tagung des ZK die Aufgabe gestellt, die Akkumulation in den produzierenden Bereichen zu verstärken, ist das doch entscheidend für unser weiteres Wirtschaftswachstum.

Ausgehend davon wurde vom Politbüro die Entwicklung auf dem Gebiet der Investitionen sehr sorgfältig analysiert.

Nicht zuletzt deshalb, weil auch 1989 bereits wieder Rückstände zugelassen wurden. Hinzu kommt, daß ein materielles

Investvolumen des Jahresplanes 1989 in Höhe von 1,7 Milliarden

Mark noch nicht vertraglich gesichert ist.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Anstrengungen um die objektkonkrete Erfüllung der 287 Vorhaben des neu eingeführten Staatsplanes für Investitonen spürbar zu erhöhen, um unter allen Umständen

- die im Plan festgelegten Termine für die Inbetriebnahme der Investvorhaben sowie
- den vorgesehenen, in den Bilanzen bereits berücksichtigten Produktionszuwachs

zu gewährleisten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



121

BStU 000122

Das betrifft also nicht nur die von mir bereits genannten
59 Vorhaben zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der
DDR, sondern alle im Staatsplan für Investitionen enthaltenen
Vorhaben. Die termingerechte – möglichst vorfristige –
Realisierung vor allem dieser Vorhaben ist von größter Bedeutung, um insgesamt solidere Grundlagen für die Erfüllung der
Staatsplanpositionen und damit zugleich für die Gewährleistung
der volkswirtschaftlichen Proportionalität, die Sicherung
einer größeren Kontinuität in der Produktion, einer vertragsgerechteren Erfüllung der Export- aber auch der Verpflichtungen für die Versorgung der Bevölkerung zu schaffen.

Diese Zusammenhänge unterstreichen noch einmal die Notwendigkeit, daß alle verantwortlichen Leiter ihre Pflichten, die ihnen aus dieser grundsätzlichen Aufgabenstellung erwachsen, voll wahrnehmen.

Deshalb sind durch unser Ministerium alle spezifischen
Mittel und Möglichkeiten zu nutzen, vorhandene Hemmnisse,
Mängel, Verantwortungslosigkeiten aufzudecken und diese im
kameradschaftlichen Zusammenwirken mit den zuständigen Organen
und Kräften beseitigen zu helfen. Spätere, meist aufwendige
Untersuchungen, warum etwas nicht geklappt hat, können entstandenen Schaden nicht wettmachen.

In diesem Zusammenhang wird im Bericht an die 8. Tagung auf folgendes aufmerksam gemacht, was nicht veröffentlicht wurde:

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000123

"Entsprechende Kontrollen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion seit Anfang 1989 ergaben, daß 970 Investvorhaben mit einem Wertvolumen von 589 Millionen Mark außerhalb des Planes und zu Lasten von bilanzierten Bauleistungen, Ausrüstungen, Materialien und Arbeitskräften für planmäßige Investitionsobjekte durchgeführt werden sollten. Die nicht geplante Inanspruchnahme von Kapazitäten und materiellen Fonds stört die Ausgewogenheit des Planes. Das Politbüro erwartet von allen Verantwortlichen, daß diese ernsthaften Verletzungen der Partei- und Staatsdisziplin beendet und die dazu vom Ministerrat getroffenen Festlegungen konsequent durchgesetzt werden."

Soweit diese Passage aus dem Bericht, die - wie gesagt -

Für die zuständigen Diensteinheiten unseres Ministeriums ergibt sich daraus die Aufgabe, in dieser Richtung unsere Möglichkeiten unbedingt noch stärker zu nutzen, um mitzuhelfen hier Ordnung zu schaffen.

Und das gilt auch im Bezug auf weitere entschiedene Fortschritte auf solchen Gebieten – ich sage nur Stichworte, ohne das näher zu begründen – wie vor allem

Ausschöpfung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens,

Gewährleistung einer hohen Arbeitsdisziplin,

nicht veröffentlicht wurde.

Durchsetzung der leistungsorientierten Lohnpolitik,

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



123

BStU 000124

Kampf gegen Brände, Störungen, Havarien und andere volkswirtschaftliche Verluste, besonders auch durch Straftaten und andere Rechtsverletzungen sowie die sie begünstigenden Bedingungen und Umstände.

Aus Zeitgründen will ich jetzt - wie gesagt -, nicht weiter darauf eingehen. Ihr wißt, worum es dabei gehen muß.

Genossen!

Ausgehend von der Tatsache, daß 50 Prozent unseres Nationaleinkommens über den Außenhandel realisiert werden, ist eine vertragsgerechte Erfüllung gegenüber den Außenhandelspartnern von besonderer Bedeutung.

Im Bericht an die 8. Tagung des ZK wurde festgestellt, daß die DDR im Außenhandel mit den sozialistischen Ländern ihre Exportaufgaben insgesamt wertmäßig erfüllt bzw. übererfüllt hat.

Da jedoch in unserer ökonomischen Strategie der Export in das NSW und die Erzielung eines Exportüberschusses eine wesentliche Rolle spielen, um die ökonomische Stabilität unseres Landes und die außenwirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, fällt es schwer ins Gewicht, daß der NSW-Exportplan per 31. Mai 1989 nur zu 94,5 Prozent erfüllt ist.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



BStU 000125

124

Planschuldner sind nach wie vor in erster Linie die Bereiche der Ministerien für Elektrotechnik/Elektronik, Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau sowie für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie.

Hinzu kommt, daß für das Jahr 1989 noch Verträge in Höhe von ca. 1,4 Milliarden Valutamark fehlen. Mit anderen Worten heißt das, eine Gewähr dafür, die Rückstände baldmöglichst abzubauen, ist gegenwärtig noch nicht gegeben.

Deshalb wird im Bericht an die 8. Tagung festgestellt - ich zitiere:

"Das Politbüro hat den Ministerrat beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur unbedingten Erwirtschaftung des dem Plan
1989 zugrunde liegenden Exportüberschusses zu treffen. Das
erfordert die vollständige vertragliche Bindung der geplanten NSW-Exporte und die dementsprechende Warenbereitstellung
in Menge, Wert und hoher Qualität. Die weitere Stärkung
unserer außenwirtschaftlichen Positionen verlangt darüber hinaus,
den Kampf um die Ablösung und Reduzierung von NSW-Importen mit
noch größerer Entschiedenheit zu führen. Besonders geht es um
die Einschränkung der sogenannten kapazitätsbedingten Importe.
Hierfür sind in den bilanzverantwortlichen Kombinaten Maßnahmen zur beschleunigten Erweiterung der Produktion von Zulieferungen für die Eigenversorgung in der Volkswirtschaft der
DDR zu treffen." (Ende des Zitats)

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



125

BStU 000126

Ich will die bestehende Problematik des NSW-Exports einmal anhand des Bereiches der metallverarbeitenden Industrie deutlich machen. Im Verlaufe der 8. Tagung erging mit Nachdruck an die metallverarbeitende Industrie die Forderung, ihrer Rolle als Hauptträger des Exports noch besser gerechtzuwerden. Während die Exporte der metallverarbeitenden Industrie in den 80er Jahren langsamer als die Industrielle Warenproduktion wuchsen, stieg der Außenhandel der kapitalistischen Hauptländer mit maschineller Technik schneller als die Produktion.

Das heißt, die Einbeziehung der DDR in die internationale Arbeitsteilung der metallverarbeitenden Industrie ist schwächer geworden.

Die NSW-Exporte der metallverarbeitenden Industrie erreichten 1988 nur 90 Prozent des Volumens von 1980. Damit gingen Marktanteile in kapitalistischen Ländern verloren. Im Gegensatz zur Entwicklung in der metallverarbeitenden Industrie der DDR vollzieht sich in den kapitalistischen Industrieländern beim Export an Maschinen und Ausrüstungen geradezu eine Expansion (insbesondere Japan, BRD, USA).

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



126

BStU 000127

Zu verzeichnen ist auch ein Sinken der Rentabilität des NSW-Exports der metallverarbeitenden Industrie gegenüber 1980. Die Hauptursachen liegen in der nicht rechtzeitigen und nicht ausreichenden Einstellung auf die veränderte Nachfrage auf internationalen Märkten und auf höhere Anforderungen an die Erzeugniserneuerung, Qualitätssicherung, an die Rentabilität und das wissenschaftlich-technische Niveau, den Service und anderes.

Das verdeutlicht vor allem die Notwendigkeit, die in der DDR auf dem Gebiet der Mikroelektronik und Rechentechnik erreichten Ergebnisse mit dem Maschinenbau so zu verbinden, daß dieser zum entscheidenden Faktor der Leistungsentwicklung in unserem Land wird.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



127

BStU 000128

Bereits an diesem einen Beispiel wird besonders deutlich, warum das Politbüro unserer Partei darauf orientiert, daß es in Anbetracht des Abschlusses eines beabsichtigten Handelsabkommens der DDR mit der EWG bereits jetzt erforderlich ist, sich zur Wahrung der außenwirtschaftlichen Interessen der DDR kompromißlos auf qualitativ höhere Anforderungen an Niveau und Qualität unserer Exporterzeugnisse einzustellen. Das ist zugleich auch die beste Antwort auf alle seitens der EWG damit verbundenen Pläne und Absichten.

Genossen!

Die hohen Leistungsanforderungen an die Volkswirtschaft stellen auch hohe Anforderungen an uns zu ihrem sicheren Schutz und ihre weitere Stärkung. Das ist in der zielgerichteten sach- und aufgabenbezogenen politisch-ideologischen Arbeit immer wieder zu verdeutlichen. Und das verlangt insgesamt, noch konsequenter die Einheit von Feindbekämpfung, vorbeugender, schadensabwendender Arbeit sowie Unterstützung und Stabilisierung leistungsbestimmender Prozesse und Vorhaben komplex durchzusetzen und einen höheren Beitrag zur Leistungssteigerung der Volkswirtschaft zu erbringen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



128

BStU 000129

Das setzt voraus, - und was ich jetzt sage, gilt nicht nur in bezug auf die Sicherung der Volkswirtschaft - an die Auswertung und Umsetzung der Materialien der 8. Tagung unbedingt schöpferisch heranzugehen. Ich will das in zwei Richtungen deutlich machen.

Zum einen kommt es darauf an, die auf der 8. Tagung, besonders auch in der Diskussion dargestellten positiven Herangehensweisen zur Lösung komplizierter Aufgaben und Probleme zu erkennen, zu analysieren und sie vor allem zu nutzen, um auf den Gebieten, wo noch nicht so kämpferisch und konstruktiv vorgegangen wird, wo die Lage noch nicht so ist, wie das die Beschlüsse der Partei fordern, zu den notwendigen Veränderungen zu kommen.

Ich hebe ausdrücklich hervor, daß sich das auch auf solche Gebiete, auf solche Probleme beziehen muß, über die auf dem Plenum nicht gesprochen wurde. Es muß also in allen Parteiund Dienstkollektiven darum gehen, – ich wiederhole – jene positiven Herangehensweisen, Erfahrungen und Erkenntnisse herauszuarbeiten und sie als Ansatzpunkte, als Ausgangspunkte und Grundlagen zu nutzen, um wenn notwendig und möglich auch mit unserer Hilfe, auf anderen, möglichst vielen Gebieten noch besser voranzukommen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



129

BStU 000130

Damit ich hier richtig verstanden werden – mein heutiges
Referat kann diese notwendige schöpferische Arbeit auf
Linie und in den Diensteinheiten nicht ersetzen. Das
aufgaben- und sachbezogene schöpferische Herangehen an die
Auswertung der 8. Tagung muß deshalb auch beinhalten,
gestützt auf unsere eigenen objektiven Erkenntnisse über die
Lage auf den einzelnen Gebieten festzulegen, wo und wie durch
die jeweiligen Diensteinheiten Unterstützung und Hilfe bei
der Lösung komplizierter gesellschaftlicher und ökonomischer
Aufgabenstellungen geleistet werden kann und muß.

Vor allem in der Diskussion auf dem Plenum sind solche Fragen ebenfalls angesprochen worden.

Bei der Herausarbeitung dessen, was nicht in Ordnung, was dringend zu verändern ist, muß das Schwergewicht aus unserer Sicht vor allem darauf liegen, auf Grund unserer objektiven Erkenntnisse die Partei dabei zu unterstützen, realistisch einzuschätzen, wo dafür die Ursachen und Bedingungen liegen – sind es Feindangriffe, Auswirkungen der feindlichen ideologischen Einflußnahme, sind es subjektive Ursachen wie Verantwortungslosigkeit, Schlamperei oder Unvermögen der eingesetzten Kader.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



130

BStU 000131

Dazu gehört auch – und das will ich abschließend zu diesem Komplex ebenfalls nochmals prinzipiell hervorheben – unbedingt weiter an der Erhöhung der Qualität, der Aussagekraft unserer Informationen an die 1. Sekretäre der Bezirks- und der Kreisleitungen der Partei zu arbeiten. Wir müssen sie mit größter Offenheit und Sachlichkeit unverzüglich und objektiv über vorhandene Hemmnisse und Probleme informieren – ihnen aber auch noch besser helfen, sie auszuräumen und zu meistern.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



131

BStU 000132

Genossinnen und Genossen!

Die weitere Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages und die Vorbereitung des XII. Parteitages unter den gegenwärtigen und absehbaren Lagebedingungen – darin eingeschlossen die Aufgaben, über die ich heute gesprochen habe – verlangen mehr denn je festes Vertrauen in die Politik unserer Partei, verlangen mehr denn je unerschütterliches klassenmäßiges

Wir brauchen das engagierte Handeln jedes Angehörigen, seine politische Aktivität, also die persönliche Wahrnehmung der Mitverantwortung für die Realisierung der Parteipolitik in der Gesamtheit und der Sicherheitspolitik im Besonderen.

Hohes politisches Bewußtsein, Wissenschaftlichkeit, Parteilichkeit und Objektivität, Verbundenheit mit den Werktätigen, Charakterstärke und hohe Moral, das muß einen Kommunisten und erst recht einen Tschekisten auszeichnen.

Wie der Bericht des Sekretariats an die heutige Kreisleitungssitzung zeigt, hat die Parteiorganisation im MfS in den zurückliegenden Monaten eine umfangreiche Arbeit zur Erhöhung des Niveaus der politisch-ideologischen Arbeit geleistet.

Wenn eingeschätzt werden konnte, daß die Parteikollektive ihre Bemühungen verstärkten, sich die Politik der Partei gründlich anzueignen, die sich daraus für die Diensteinheiten unseres Ministeriums ergebenden Aufgaben verantwortungsbewußt zu lösen und damit ein wichtiger Beitrag für die zuverlässige Erfüllung der Aufgaben im MfS im 1. Halbjahr geleistet wurde – so ist dieser Weg unbedingt und mit noch größerer Wirksamkeit fortzusetzen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



132

BStU 000133

Die weitere Befähigung der Angehörigen zu einer dialektischen Sicht auf die politischen Realitäten – so wie ich das heute erneut demonstriert habe – ideologische Standhaftigkeit und feste Klassenpositionen bei jedem zu sichern und keine Schwankungen oder gar Zweifel zuzulassen – das ist in der heutigen komplizierten Zeit und unter den aktuellen Lagebedingungen in allen Partei- und Grundorganisationen noch verantwortungsbewußter zu gewährleisten.

Die Forderung der Partei, zu keiner Zeit politische Sorglosigkeit, Oberflächlichkeit und Selbstzufriedenheit zu dulden, die gegnerischen ideologischen Angriffe und Wirkungen niemals zu unterschätzen und feindlichen Auffassungen keinen Spielraum zu lassen, setzen solide theoretisch-weltanschauliche Kenntnisse, eine hohe politische Bewußtheit voraus und vor allem auch eine entsprechende Lebenshaltung.

Ich kann mich an keine Zeit unserer 40jährigen Geschichte erinnern, in der das MfS nicht umfangreiche und schwierige Aufgaben zu lösen gehabt hätte.

Der Dreh- und Angelpunkt der Parteiarbeit im MfS ist und bleibt der Kampf um höchste tschekistische Leistungen, um den wirkungsvollsten Beitrag für die Verwirklichung der Gesellschaftsstrategie der Partei. Davon werden die Anforderungen an die Tätigkeit der Parteileitungen, an das Niveau und die Wirksamkeit der politisch-ideologischen und erzieherischen Arbeit sowie des innerparteilichen Lebens insgesamt bestimmt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



133

BStU 000134

Und daran $\operatorname{mu} B$ auch die Kampfkraft jeder Parteiorganisation im MfS gemessen werden.

Die Beschlüsse der Partei sind und bleiben die Richtschnur, das Gesetz unseres Handelns ohne Wenn und Aber. Das gilt für jeden Kommunisten und Tschekisten. Das verlangt aber auch, daß sie jeder genau kennt und sie auch bis zu den persönlichen Konsequenzen begreift. Das ist an sich schon ein hoher Anspruch an die weltanschauliche Bildung, an die Erläuterung der Parteilinie durch die Parteifunktionäre und Leiter, an ihre gründliche Erörterung in den Parteikollektiven. Angesichts der verbissenen gegnerischen Angriffe auf alles, was unsere Partei beschließt und tut, gewinnt das aber noch an Gewicht. Den Leitungen der Partei- und Grundorganisationen empfehle ich deshalb auch, noch wirksamer mit den Rededispositionen zu arbeiten, die entsprechend den inhaltlichen Schwerpunkten des Politbürobeschlusses vom 10. 1. 1989 herausgegeben wurden. Damit muß jeder Genosse vertraut sein.

Die Parteibeschlüsse ohne Zögern und mit ganzer Kraft in die Tat umzusetzen, verlangt neben dem Verständnis auch Disziplin. Das muß gerade heute klar sein. Unsere Erkenntnisse und Erfahrungen besagen, daß eine marxistisch-leninistische Kampfpartei ohne feste Disziplin nicht aktionsfähig ist. Deshalb muß auch in unseren Reihen immer wieder dafür gesorgt werden, daß die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der innerparteilichen Demokratie, die Anforderungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit, der Einheit und Reinheit – wenn erforderlich auch mit der notwendigen erzieherischen Konsequenz – durchgesetzt werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



134

BStU 000135

Die 8. Tagung hat in den verschiedensten Zusammenhängen aus gutem Grund die Arbeit mit den Menschen immer wieder als das Entscheidende ins Blickfeld gerückt.

"Die Menschen anzuhören" - so wird im Bericht hervorgehoben "sie stets verantwortungsvoll und rechtzeitig in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, mit Tatkraft um die Verwirklichung unserer
politischen, ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Ziele
zu kämpfen - das ist ein unverzichtbarer Anspruch an jeden Leiter
in Staat und Wirtschaft, an die Arbeit jeder Partei- und Gewerkschaftsleitung".

Dieser Forderung ist auch in unserem Ministerium überall noch besser Rechnung zu tragen. Parteiarbeit, das ist vor allem und zuerst Arbeit mit den Menschen. Auch für uns, für unsere Kollektive gilt, daß es täglich darauf ankommt, das Wort der Genossen zu achten, mit Verständnis auf ihre Probleme einzugehen, sie wissen zu lassen, daß ihre Meinung, ihre Ideen gefragt und ihr voller und engagierter Einsatz gefordert sind.

Und noch etwas erscheint mir wichtig hier zu betonen. Die Möglichkeiten unseres Ministeriums sollten wir noch stärker nutzen,
um unseren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß überall in Staat
und Gesellschaft eine vertrauensvolle, kameradschaftliche Arbeit
mit den Bürgern geleistet und daß jeder, der hier konkrete Verantwortung trägt, ihr auch tatsächlich gerecht wird.
Berührt das doch Grundfragen des Verhältnisses von Partei,
Staat und Bürgern und damit nicht unwesentlich Fragen und
Voraussetzungen der politischen Stabilität der DDR.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



135

BStU 000136

Wenn es hier um die Arbeit mit den Menschen geht, dann an dieser Stelle auch einige Bemerkungen zur Arbeit mit den jungen Angehörigen in unseren Reihen. Ich habe schon oft dazu gesprochen, warum wir in den Partei- und Grundorganisationen,in der Führungsund Leitungstätigkeit der klassenmäßigen Erziehung der jungen Tschekisten immer wieder größtes Augenmerk beimessen, sie gut mit den notwendigen tschekistischen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausrüsten müssen.

Die Einschätzung der 8. Tagung, daß die Jugend "die Unterstützung der lebens- und kampferfahrenen Genossen" braucht, "um es sich zur eigenen Lebenserkenntnis zu machen, daß unsere Epoche von der unversöhnlichen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus gekennzeichnet ist", der zunehmende Verjüngungsprozeß in unserem Ministerium und die weiter wachsenden Anforderungen an politisch und tschekistisch richtiges Handeln und Verhalten unterstreichen nachdrücklich diese wichtige Seite unserer Verantwortung.

Meine Begegnung und das Gespräch mit FDJlern aus den Bezirksverwaltungen, aus operativen und operativ-technischen Diensteinheiten unseres Ministeriums und aus dem Apparat der FDJ-Kreisleitung während des Pfingsttreffens haben mich erneut darin bestärkt. Wir handeln also richtig, wenn wir den jungen Angehörigen
anspruchsvolle Aufgaben – vor allem im Kampf gegen den Feind und
bei der Meisterung von Wissenschaft und Technik – übertragen und
auf diese Weise ihr Verantwortungsbewußtsein festigen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



136

BStU 000137

Nur so wachsen sie doch schnell in unsere Kampfgemeinschaft hinein. Es gilt aber auch, überall noch besser die Bedingungen zu sichern und alle Möglichkeiten der Kollektive zu nutzen, um die von jungen Angehörigen und von Jugendkollektiven übernommenen Aufgaben zu spürbaren Erfolgen zu führen.

Das Treffen mit den FDJlern unseres Ministeriums hat deutlich gemacht – und Ihr werdet das aus Eurer eigenen Erfahrung aus der Arbeit mit den jungen Angehörigen bestätigen –, wie wichtig es ist, mit ihnen im ständigen politischen Gespräch zu sein, ihnen ein klares Bild von der Welt, von Freund und Feind zu vermitteln.

Das ist sozusagen ein Parteiauftrag an jeden Genossen und jede Genossin in unseren Parteiorganisationen.

Wie auf der 8. Tagung hervorgehoben, kommt es auch in unserem Ministerium darauf an, der jungen Generation

- nachhaltig begreifbar zu machen, daß der Marxismus/Leninismus der zuverlässige Kompaß ist und bleibt, um aktiv für Sozialismus und Frieden zu wirken,
- ihr immer aufs Neue aufzuzeigen, welchen Beitrag unsere Partei im weltweiten Ringen um Abrüstung, Entspannung und gesellschaftlichen Fortschritt leistet, wie sie die Lehren der Klassiker, die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus schöpferisch umsetzt.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ 1\text{-}146$



137

BStU 000138

Nicht nur in diesem Sinne enthielt der IX. Pädagogische Kongreß auch für unsere Arbeit mit den jungen Angehörigen viele wertvolle Anregungen.

Und noch etwas will ich hervorheben. Bei allem, was der Kongreß im einzelnen bilanziert, an Erfahrungen vermittelt und an neuen Aufgaben und Anforderungen zur sozialistischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen als Anliegen der gesamten Gesellschaft formuliert hat – das alles beginnt vor allem und zuerst bei der Erziehung der eigenen Kinder. Und dazu gehört auch die aktive Unterstützung der Arbeit der Schulen, der Pionierorganisation und des Jugendverbandes, ob mit oder ohne Funktion. Auch dafür hat der Kongreß vielfältigste Anregungen gegeben.

Auf eine Seite der Verantwortung der Kommunisten will ich hier aber noch besonders hinweisen. Unsere Partei hebt immer wieder hervor, welche bedeutsame Rolle der Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins zukommt. Hier zu helfen, sich gründliches Wissen anzueignen, tiefes Verständnis für das Wesen historischer Ereignisse und Entwicklungen auszuprägen und die richtigen Lehren für den heutigen Kampf zu ziehen – das ist und bleibt eine entscheidende Aufgabe bei der klassenmäßigen Erziehung der jungen Generation, sowohl bei der Erziehung der jungen Genossen neben uns, als auch bei der Erziehung der eigenen Kinder und Enkel.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



138

BStU 000139

"Das gilt gerade in einer Zeit", so wurde auf der 8. Tagung nochmals unterstrichen, "da unsere politischen und ideologischen Gegner mit einer großangelegten Verleumdungskampagne die Geschichte des Sozialismus mit dem Ziel beschmutzen wollen, seine Gegenwart zu diskreditieren und seine Zukunft in Frage zu stellen".

Und ich möchte dem hinzufügen:

Das gilt gerade in einer Zeit, in der unsere Partei, unser Volk Rückschau hält auf die 40jährige Geschichte unserer Republik, auf alles in harten Kämpfen und unter großen Mühen Geschaffene, um Kraft und Optimismus zu schöpfen für die Lösung der heutigen und kommenden Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus.

Anläßlich der 8. Tagung des ZK unterstrich Genosse Erich Honecker die Notwendigkeit, in der gesamten ideologischen Arbeit der Partei und in der politischen Massenarbeit immer die richtigen Proportionen zu sichern. Das heißt zum einen, allen Bürgern die erfolgreiche Bilanz unserer 40jährigen Entwicklung überzeugend zu vermitteln sowie den Stolz auf das Erreichte und die Überzeugung von der Richtigkeit unseres Weges zu vertiefen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



139

BStU 000140

Das heißt zum anderen aber auch, gestützt auf die festen
Positionen unserer Partei und unseres Staates und ihre gute
Politik auch noch kühner anzugreifen, in unserer Überzeugungsarbeit die sichtbare Tatsache noch offensiver zu nutzen,
daß es im Gegensatz zur Entwicklung bei uns in der BRD Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, neue Armut und zunehmende
Versuche des schrittweisen Abbaus demokratischer Errungenschaften der Werktätigen gibt.

Ich denke, auch das ist eine wichtige Orientierung für unsere politisch-ideologische Arbeit – aber auch für unsere Öffentlichkeitsarbeit, für die Unterstützung der gesamten offensiven Arbeit der Partei zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins unserer Bürger.

Genossen!

Uns steht bekanntermaßen eine politisch und organisatorisch äußerst bedeutsame und umfangreiche Aktion bevor – der Umtausch der Mitgliedsbücher und Kandidatenkarten in unserer Partei und damit auch in unseren Parteiorganisationen, verbunden mit persönlichen Aussprachen mit allen Genossinnen und Genossen.

Auch wenn dazu bereits die entsprechenden Orientierungen und Einweisungen erfolgten und die ersten Maßnahmen praktisch in Angriff genommen wurden, möchte ich hier abschließend noch einige generelle Bemerkungen dazu machen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



140

BStU 000141

Ziel der bevorstehenden Maßnahmen ist es - so hat es die 8.

Tagung nochmals hervorgehoben - die führende Rolle unserer Partei weiter zu erhöhen und ihre Kampfkraft, ihre Aktionsfähigkeit, ihre politische, ideologische und organisatorische Einheit und Geschlossenheit zu stärken. Ziel ist es, den demokratischen Zentralismus durch eine breite Entfaltung der innerparteilichen Demokratie zu vervollkommnen, einen Qualitätszuwachs der Tätigkeit der Parteileitungen zu erreichen und das schöpferische, konsequente und disziplinierte Handeln aller Genossen zur Verwirklichung der Parteibeschlüsse zu sichern. Das trifft auch in vollem Umfang auf unsere Parteioryanisationen zu. Ich erwarte deshalb, daß die von unserer Kreisleitung und den jeweiligen Bezirksleitungen auf der Grundlage der Direktive des Politbüros gegebenen Orientierungen zum Dokumentenumtausch in unserem Ministerium mit hoher Wirksamkeit und spürbaren Ergebnissen umgesetzt werden.

Damit sind zugleich auch wichtige Voraussetzungen zu schaffen für die gründliche Vorbereitung der Rechenschaftslegungen und die Neuwahl der Leitungen der Partei- und Grundorganisationen in unserem Ministerium sowie der Kreisleitung im MfS, die - wie von der 8. Tagung beschlossen - in der Zeit vom 2. Januar bis 8. April 1990 durchgeführt werden.

Ich stelle bewußt diesen Zusammenhang zwischen Dokumentenumtausch und Parteiwahlen her, weil das besonders auch für die gewissenhafte Vorbereitung und Durchführung der persönlichen Gespräche gilt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



141

BStU 000142

Persönliche Gespräche haben in unserer Partei seit jeher eine große Rolle gespielt. Sie haben uns immer ein gutes Stück dabei vorangebracht, die Politik unserer Partei verständlich zu machen, die Kommunisten zu aktivieren und die Reihen unseres Kampfbundes enger zu schließen. Persönliche Gespräche waren, sind und bleiben zu jeder Zeit ein unentbehrlicher Bestandteil des innerparteilichen Lebens.

Wenn es um die persönlichen Gespräche im Zusammenhang mit dem Dokumentenumtausch geht, dann sollten solche Fragen in den Mittelpunkt gerückt werden wie

- die noch gezieltere Einbeziehung der Genossinnen und Genossen in die kollektive Erörterung und Lösung aller Parteifragen,
- der bisher geleistete und künftig erwartete Anteil des jeweiligen Angehörigen am Gesamtergebnis der Arbeit des Kollektivs, wobei individuellen Fähigkeiten noch stärker Rechnung
 getragen werden sollte sowie
- das Einbringen von Erkenntnissen und guten Erfahrungen darüber, wie hohe Ziele erreicht, wie die praktische Durchführung der Beschlüsse, der Befehle und Weisungen erfolgreich organisiert wurden und wie das für die Lösung neu übertragener Aufgaben in noch größerer Breite nutzbar zu machen ist - also wie politische Aktivität und Parteieinfluß weiter zu erhöhen sind.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



142

BStU 000143

Die Mobilisierung zu politisch verantwortungsbewußter, aktiver und schöpferischer Arbeit erfordert neben der Vertiefung politischer Einsichten die kritische und selbstkritische Haltung zu dem, was bisher geleistet wurde. Wir brauchen von jedem einzelnen Genossen einen Leistungszuwachs bei der Lösung der ihm konkret übertragenen politisch-operativen bzw. fachlichen Aufgaben. Das ist das Entscheidende. Das trifft auf die Leiter und Parteifunktionäre ebenso zu wie auf jeden Mitarbeiter.

In den persönlichen Gesprächen gilt es gleichzeitig auch darauf hinzuwirken, daß sich <u>alle</u> Genossen in der politischen Massenarbeit als aktive Kämpfer an der ideologischen Front beweisen, ihrer Verantwortung und Vorbildrolle als Kommunisten zu jeder Zeit gerecht werden und noch mehr tun, um sich auch selbst dazu zu befähigen.

Gute Ergebnisse wurden auch auf diesem Gebiet im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen erzielt. Dennoch bleibt die kritische Betrachtung, was erreicht wurde, was gut war und was noch nicht den Erfordernissen entsprach, eine wichtige Aufgabe jeder Parteiorganisation. Und davon ausgehend gilt es, die massenpolitischen Aktivitäten der Mitarbeiter des MfS insgesamt weiter zu erhöhen. Nirgends darf geduldet werden, daß sich Genossen unter dienstlichen und anderen Vorwänden ihrer diesbezüglichen Verantwortung entziehen, sich inaktiv verhalten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



143

BStU 000144

Schließlich muß es auch darum gehen, mit den persönlichen Gesprächen zur charakterlichen Stählung, zur gesamten Persönlichkeitsentwicklung unserer Angehörigen beizutragen, also erzieherisch vor allem in den Richtungen zu wirken, wie ich sie heute erneut gefordert habe.

Und noch etwas, Wichtig ist, daß die Gespräche gemeinsam von den Parteileitungen und Leitern gründlich vorbereitet werden, daß sie in einer kameradschaftlichen Atmosphäre stattfinden, in der freimütig alles das zur Sprache kommt, was die Genossen bewegt. Genauso wichtig ist aber auch, daß die Gesprächsergebnisse sorgfältig analysiert werden, daß all das in den Mittelpunkt der individuellen, der erzieherischen Arbeit gestellt wird und auch bleibt, was an Anforderungen, an Verhaltensweisen und Arbeitsergebnissen vom jeweiligen Genossen erwartet und gefordert wird.

Das heißt, dranbleiben an dem, was für die Entwicklung, für die Erhöhung der Leistungsbereitschaft und -fähigkeit notwendig ist. Und ebenso gilt es, alle Vorschläge, Hinweise und Kritiken verantwortungsbewußt zu prüfen und entsprechend zur Entscheidung zu führen.

Das alles verlangt ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein, Einsatzbereitschaft und politischer Sorgfalt wie auch eine straffe organisationspolitische Arbeit aller Beteiligten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



144

BStU 000145

Jeder muß sich im klaren sein – dieser gesamte Prozeß steht in engem Zusammenhang mit der weiteren zuverlässigen Erfüllung der uns von der Partei übertragenen Aufgaben unter den inneren und äußeren Bedingungen, wie ich sie in meinem heutigen Referat gekennzeichnet habe. Er läuft also nicht als zusätzliches Anhängsel "nebenher".

In diesem Sinne gilt es an den Dokumentenumtausch heranzugehen, um mit neuem Elan die anspruchsvollen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die uns in Vorbereitung und Durchführung des XII. Parteitages sowie mit der Umsetzung seiner Beschlüsse bevorstehen.

Genossinnen und Genossen!

Wie Ihr wißt, hat das Zentralkomitee auf seiner 8. Tagung den Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, darunter auch uns, den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit, für die große Einsatzbereitschaft und treue Pflichterfüllung Dank und Anerkennung ausgesprochen. Auf der jüngsten Beratung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR hat sein Vorsitzender, der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, darüber hinaus besonders jenen Genossinnen und Genossen gedankt, die mit hoher politischer Verantwortung die Sicherheit unserer Staatsgrenzen gewährleisten und an den Grenzübergangsstellen arbeiten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4021, Bl. 1-146



145

BStU 000146

Ich denke, mein Referat hat gezeigt, und der gesamte Verlauf der Kreisleitungssitzung wird das sicher bestätigen, daß für uns Tschekisten Erfolge, gute Arbeitsergebnisse und ihre Würdigung gerade in der heutigen Zeit Ansporn und Auftrag sind, noch besser zu arbeiten – im Kampf gegen den Feind, in der tschekistischen Arbeit insgesamt, in der ideologisch-erzieherischen Tätigkeit und im gesamten Parteileben.

So sollte auch in den nächsten Tagen und Wochen an die Auswertung der 8. Tagung und unserer Kreisleitungssitzung herangegangen werden. Vor uns stehen große neue Bewährungsproben im 40. Jahr der DDR und bei der Vorbereitung des XII. Parteitages. Auf dieser Wegstrecke liegt der 40. Jahrestag der Bildung unseres Ministeriums. Gehen wir wie in den vergangenen vier Jahrzehnten festen Schrittes und mit hoher politischer Verantwortung an die Erfüllung der uns von der Partei übertragenen Aufgaben.

Euch, allen Partei- und Dienstkollektiven, uns allen wünsche ich dazu viel Erfolg.

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{4021}, \ \mathsf{Bl.} \ \mathsf{1-146}$